

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

erschien täglich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rößlerstr. 18a part.
Telephonruf: Nr. 3892.

Insertionsgebühr pro sechsgepaarte Kolonelle:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.
Geschäftsinsertate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **383800** Exemplaren
erscheint diese Ztg.

Zum Jahreswechsel.

Der zweite Jahreswechsel im Zeichen der neuen Wirtschaftskrise, die heute eine viel schlimmere Form aufweist als vor Jahresfrist und leider ohne daß gesagt werden könnte, daß sie ihren Tiefstand erreicht habe. Alle die fruchtlosen Versuche der Börse und der Börsenpresse, der Syndikate und Trusts, durch tendenziöse Stimmungsmacherei die Situation günstiger erscheinen zu lassen als sie in Wirklichkeit ist, um sie künstlich neu zu beleben, erwiesen sich als vergeblich. Es gelang mir, durch solche Manöver den Kurs für das eine oder andere Papier vorübergehend in die Höhe zu treiben, aber an der ersten Krankheit, von der der gesamte kapitalistische Organismus ergriffen ist, wurde dadurch nichts geändert.

Katzen stehen die Könige und Kommandanten der Produktion, die „Herren im Hause“, die in ihrer großmühsinnigen Gottähnlichkeit mit Verachtung auf die Arbeiterklasse herabblicken, vor den Folgen ihres Systems, demgegenüber alle die Kleinen und großen Hilfsmittel, die Individual- wie die Kollektivaktionen der Unternehmer versagen und von denen viele geschäftlich zusammenbrechen und deklassiert werden.

Mit der ruhigen Gleichgültigkeit von der Welt, oder auch mit freudiger Bemühung können wir diesem Zustand der kapitalistischen Welt zuschauen, wenn nicht auch die Arbeiter in stärkstem Maße in Mitleidenschaft gezogen würden und wenn es sich nicht bloß um eine der periodischen Störungen des Wirtschaftslebens, sondern um das Ende des faulen Kapitalismus handeln würde.

Die Massenarbeitslosigkeit der Krise erschüttert auch den kapitalistischen Staat, der seine Unfähigkeit, die ihm von der Entwicklung der Verhältnisse gestellten Aufgaben zu erfüllen, ebenso den Massen einflößt, wie die kapitalistische Wirtschaftsordnung mit ihrem alles erschütternden Zusammenbruch die Unfähigkeit beweist, dem Wohle des Ganzen, der Allgemeinheit zu dienen und angesichts des Ausreichenden, sich außerdem noch fortwährend vermehrenden Reichtums allen die Existenz, und zwar eine angenehme Existenz zu garantieren.

Es ist aber besonders in Deutschland der Staat mit seinem volksfeindlichen, unvernünftigen Junkerregiment, mit seiner Unterdrückung, Verachtung und Entrechtung der Massen, mit seiner unverantwortlichen, gewalttätigen Bürokratie und Scharfmacherpolitik, die in den Einzelstaaten wie im Reich schalten und walten, die die notleidenden Massen im Stiche lassen. In Preußen und im Reich bringt man sogar das unglaubliche fertig, den Junkern zuliebe bei öffentlichen Arbeiten die eigenen Landesfinder zurückzuweisen und dafür ausländische Arbeitskräfte zu beschäftigen, die besonders herangezogen werden, um den Junkern die Reservearmee und deren Druck auf die Höhe des Arbeitslohnes ungezwungen zu erhalten und zu sichern. In Frankreich, Norwegen, Dänemark etc. leistet der Staat Beiträge an die gewerkschaftliche Arbeitslosenversicherung, in Deutschland bekämpft die Regierung diesen Gedanken in Übereinstimmung mit den Scharfmachern der Deutschen Arbeitgeberzeitung, und im Reichstag hat gelegentlich der sozialdemokratischen Arbeitsloseninterpellation der Reichssekretär v. Bethmann-Hollweg sogar die Aufnahme einer Arbeitslosenstatistik als förmlich unmöglich dargestellt, obwohl doch schon vor 13 Jahren mit der amtlichen Arbeitslosenzählung sehr schätzbare Ansätze gemacht wurden. Einen verständigeren Standpunkt nimmt allerdings die bayerische Regierung ein — aber nur je allein —, indem sie mit ernstem und gutem Willen an die Behandlung der Arbeitslosenfrage herangetreten ist. Die in verschiedenen Formen geübte kommunale Betätigung auf diesem Gebiet sei nur erwähnt, dagegen besonders betont, daß heute noch die Gewerkschaften es sind, die den Löwenanteil an der Arbeitslosenfürsorge mit vielen Millionen tragen, die die Arbeiter selbst aufbringen.

Leidet das Reich so gut wie nichts für die Masse der Arbeitslosen, so hat es aber andererseits die Reichsleitung durch ihre unjähige Politik im Innern und im Ausland fertig gebracht, das wirtschaftliche Leben schwer zu schädigen. Statt endlich die Ausgaben nach den Einnahmen zu richten und die das deutsche Volk ruinierende Militär-, Marine- und Weltpolitik ganz wesentlich einzuschränken, wird sie in der alten großmännlichen Weise mit der Rolle des Hais Dampf in allen Gassen weitergeführt und zur Aufbringung der alten wie vermehrter neuer Mittel ein Versteuern auf die Taschen des Volkes unternommen. Zu den 2 1/2 Milliarden Mark, die das Reich jetzt im Jahre einnimmt, soll noch eine weitere halbe Milliarde hinzugefügt und die Summe der jährlichen Reichseinnahmen auf 3 Milliarden erhöht werden. Erst vor zwei Jahren wurden neue Steuern im Betrag von zirka 200 Millionen geschaffen und nun soll nach so kurzer Zeit schon das Volk abermals weitere 500 Millionen aufbringen. Das ist eine Brandstiftung des Landes, wie sie ein Feind kaum schlimmer vornehmen könnte.

Der Gipfel des Unverständnisses ist es aber, mit diesen neuen Fiskusforderungen inmitten einer auf allen schwer lastenden Wirtschaftskrise zu kommen, da die Geschäfte daniederliegen und Hunderttausende völlig arbeits- und verdienstlos sind. Diese haarsträubende Politik entspricht allerdings dem unverantwortlichen, ebenso unfähigen wie rückwärtslosen bürokratisch-junkerlichen Regiment.

Es ist klar, daß durch diese neue Steuerpolitik die Situation für die Industrie erschwert und die allgemeine Wirtschafts-

lage noch weiter verschlechtert, namentlich die Konsumtionskraft der Massen vernichtet werden muß.

In gleichem Maße wirkt die deutsche Politik auf andere Länder zurück, denn der deutsche Militärstaat ist die Quelle aller nationalen und internationalen Übel.

Und dabei steht heute am Jahreschlusse infolge seiner unfähigen auswärtigen Politik trotz den während seines 38-jährigen Bestandes aufgewandten unzähligen Milliarden, trotz den französischen 5 Milliarden und den 5 Milliarden Reichsschulden das Deutsche Reich ungünstiger da als je. War es früher gefürchtet, so ist es heute gehäht, es ist isoliert und eingekreist zugleich und der einzige ihm verbliebene Freund, Österreich, ist durch seinen aufs neue bis zur loderbrennenden Flamme entbrannten Nationalitätentrieb zerrissen und gelähmt, außerdem unten an der Donau infolge der Anexion Bosniens und der Herzegovina vor einen blutigen Krieg mit Serbien und Montenegro gestellt, der jeden Augenblick ausbrechen kann.

Die unfähige auswärtige Politik hat für das Reich nicht nur die politische Situation so schlecht gestaltet, wie sie seit seiner Gründung 1871 noch nie bestand, sie hat auch die Stellung der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt in der nachteiligsten Weise beeinflusst und verschlechtert, wie die Unternehmerpresse immer wieder nachweist und weshalb auch kapitalistische Zeitungen eine Sprache der Unzufriedenheit und Erbitterung führen, die auf Rebellion, auf Revision der monarchischen Gefühle schließen läßt.

Und während sich so vor unseren Augen und als ein Erlebnis der Niedergang des Reiches abspielt, dessen Grundgedanken wahrhaftig zu jeder Zeit die Sozialdemokratie aufrichtig zugehört war, feiern andere Völker und Länder, wie zum Beispiel die so lange verachtete und mißhandelte Türkei, ihre nationale Wiebergeburt, indem sie das persönliche Regiment durch die Verfassung ersetzen.

Es war ein ereignisreiches Jahr, das nun hinter uns liegt und neben den vielen trüben Erscheinungen hat es auch nicht an solchen erfreulicher Art gefehlt. Es sei an die Wahlerfolge bei den preussischen Landtagswahlen, in die die Sozialdemokratie mit der Eroberung von sieben Mandaten die erste Brezche legte, sowie an die bedeutenden Erfolge der Arbeiter bei den nach dem Proporz vorgenommenen bayerischen Gemeindevahlen erinnert. In den letzten Wochen des alten Jahres wurden außerdem in allen Teilen Deutschlands bei Gemeindevahlen zahlreiche schöne Siege errungen.

Empörend ist das Treiben der Reaktionäre in Sachen, wo sie das unhaltbare plutokratische Dreiklassenwahlrecht durch ein perfides Pluralwahlrecht ersetzen und so die eine Form der Rechtlosigkeit der Arbeiter mit einer entprechenden anderen Form vertauschen wollen. Unrecht und Gewalt, Rechtlosigkeit des arbeitenden Volkes, das allein mit seinem Fleiß das ganze Getriebe erhält, sollen nach wie vor in Sachen herrschen, ohne Scham vor aller Welt.

Im Reich ist das neue Vereinsgesetz mit den Ausnahmebestimmungen gegen die Polen und die jugendlichen Arbeiter sowie mit der alten untrüglichen polizeilichen Bevormundung politisch reifer und mündiger Bürger geschaffen worden, das in Preußen und Sachsen kaum nennenswerte Verbesserungen, in den süddeutschen Staaten aber Verschlechterungen brachte. Der gegen die Polen gerichtete Sprachparagraf erweist sich in der Tat als ein planmäßig dargebrachtes Geschenk an das Unternehmertum, namentlich an das in Rheinland-Westfalen, indem mit seiner polizeilichen Handhabung die gewerkschaftliche Tätigkeit der polnischen Arbeiter unter dem Vorwand, daß sie polnische Politik treiben, unterbunden wird. Es ist eine schlechte, hinterhältige und verwerfliche Politik, die da der Staat treibt und die allerdings nur ein unfreier Klassenstaat treiben kann, die aber nie und nimmer ein freier Volksstaat treiben könnte oder treiben würde. Es ist somit durch eine empörende Praxis bestätigt, was bei der Beratung des Vereinsgesetzes im Reichstag von sozialdemokratischer Seite behauptet und vorausgesetzt worden war und jüngst erklärte v. Bethmann-Hollweg in gestammelten Verlegenheitsworten im Reichstag, daß er es in der Tat so gemeint hatte, wie die Polizei es nun macht. Früher sagte man: wo Österreich hindrückt, vernichtet es die Freiheit. Aber in Österreich ist es anders, besser geworden, während Preußen der alte freiheits- und volksfeindliche Junkerstaat geblieben ist und in Deutschland immer noch rückwärts voranschreitet.

Auf dem Gebiet der Sozialpolitik ist vom Reich sozusagen erst in der letzten Stunde des alten Jahres etwas geleistet worden. Es wurde der in der Gewerbeordnung enthaltene Arbeiterinnenschutz etwas verbessert und gegenüber dem bestehenden gesetzlichen Zustand ein kleiner Fortschritt gemacht, besonders mit der Ersetzung des Elbstündentags durch den Zehnstundentag. Er bedeutet aber nur einen Fortschritt für die rückständigsten Betriebe. Dieser Gang der Arbeiterrechtsgesetzgebung ist nicht neu oder überraschend, sondern, wenn man von ihren ganz bescheidenen Ursprüngen absehen will, traditionell und es wird so auf lange Zeit hinaus auch bleiben. Die soziale Gesetzgebung wirkt nicht bahnbrechend, sondern sie hinkt nur hinter dem Gewordenen schleppend nach, wobei sie an dessen letztem Ende anknüpft. Die Romiararbeit wird wie bisher so auch in der Zukunft Sache der Gewerkschaften sein, womit sie ihre höchste Aufgabe erfüllen.

Dieser Aufgabe dienen die Gewerkschaften selbst in der Krise mit ungezwungener Lebenskraft, obwohl sie von ihr auf eine harte Probe gestellt werden, die sie aber bis jetzt mit bewunderungswürdigem Erfolg zu bestehen vermochten. Die Gewerkschaften haben selbst in der Krise manche Verbesserungen der Arbeits- und Lohnverhältnisse errungen, vor allem aber in den meisten Fällen das in der verflochtenen Prosperitätsperiode Er-

rungene festgehalten und den verschiedenen Verschlechterungsversuchen von Unternehmerseite erfolgreich Widerstand geleistet.

Die Gewerkschaften haben auch ihrer anderen hohen Aufgabe genügt, ihren Mitgliedern ein tatkräftiger Helfer in der Not zu sein und sie vor dem Schicksal, in der Notlage Lohnbrücker zu werden, bewahrt. Die freien Gewerkschaften haben im Jahre 1907 für die verschiedenen Unterstützungszwecke zusammen 15,88 Millionen Mark aufgewendet, im Jahre 1908 dürfte diese Summe auf 25 Millionen gestiegen sein. Die freien Gewerkschaften mögen unter den in jeder Beziehung verheerenden Wirkungen der Krise Mitgliederverluste erleiden und in der Gewerkschaftsstatistik für das Jahr 1908 zum Teil mit geringeren Mitgliederzahlen figurieren; aber in ihrem organisatorischen Bestand bleiben sie unerschütterter, um in der wieder kommenden besseren Zeit einen neuen Aufschwung zu erleben und die gesamte Arbeiterklasse abermals um einen kräftigen Ruck emporzuheben.

So zeigt uns der Rückblick auf das wirtschaftliche und politische Krisenjahr 1908 ein höchst unerfreulich und deprimierend trübes Bild, aber es fehlen ihm auch die emporhebenden und ermutigenden Lichtpunkte nicht, die Zeugnis ablegen von der unverwundlichen Kraft der in ihre Wiebergeburt kämpfenden Arbeiterklasse. Diese Lichtpunkte bewahren uns auch davon, mit nutzloser Resignation in das dritte Krisenjahr einzutreten und untätig, verzwweifelt, die Hände in den Schoß zu legen. Dem großen Befreiungskampf der Arbeiterklasse muß alles zum Besten dienen, auch die kapitalistische Wirtschaftskrise, trotz ihrer Leiden für das Proletariat, und darum rufen wir beim Jahreswechsel unseren Genossen und Mitkämpfern mit neuer Begeisterung zu:

Der Kampf ist aus, es lebe der Kampf!

Die Novelle zur Gewerbeordnung.

Im Jahre 1907 haben eine Reihe von europäischen Regierungen in Bern eine Konvention abgeschlossen, die einen Fortschritt im Arbeiterinnenschutz bedeutet. Sie verbietet nämlich die gewerbliche Nachtarbeit für alle Arbeiterinnen in gewerblichen Betrieben, in denen mehr als 10 Arbeiter beschäftigt werden. Die Nachtarbeit soll 11 Stunden betragen, und zwar soll der Zeitraum zwischen 10 Uhr abends und 5 Uhr morgens in sie einbezogen sein. Für den Fall von Arbeitsunterbrechung durch höhere Gewalt oder durch die Notwendigkeit einer raschen Verarbeitung von Rohstoffen und Halbfabrikaten ergibt, weil die Stoffe sonst dem Verderben ausgeliefert sind, gestattet das Berner Abkommen eine Aufhebung des Verbotes der Nachtarbeit. Außerdem soll die Dauer der elfstündigen ununterbrochenen Nachtarbeit an höchstens 60 Tagen im Jahre in den dem Einflusse der Jahreszeit unterworfenen Geschäften sowie bei dem Vorhandensein außerordentlicher Umstände bis auf 10 Stunden herabgesetzt werden dürfen. Natürlich ist allen beteiligten Staaten freigestellt, über diese Regeln hinauszuweichen.

Nachdem das Protokoll der Konvention am 26. September 1907 unterzeichnet worden war, legten die verbündeten Regierungen am 6. Dezember 1907 dem Deutschen Reichstag den Entwurf einer Novelle zur Gewerbeordnung vor, die darauf abzielt, die deutsche Gewerbeordnung mit der Konvention in Übereinstimmung zu setzen. Es handelt sich also um Bestimmungen über die Regelung der gewerblichen Frauenarbeit und um die Abgrenzung des Geltungsbereichs der Arbeiterrechtbestimmungen. Der Reichstag betraute eine Kommission mit den Beratungen, die ihre Vorschläge im März 1908 bekannt machte und über eine Reihe von Differenzpunkten in diesem Herbst schon vor dem Zusammentritt des Reichstages beriet. Noch in letzter Stunde machten die Unternehmerkreise im Reichstag den Versuch, die endgültige Verabschiedung des Gesetzes bis nach den Weihnachtsferien zu vertagen, weil die Hoffnung hegte, eine stark einsetzende Petitionsbewegung aus kapitalistischen Kreisen könnte die wenigen durchgreifenden Verbesserungen unseres Gewerbetrechts, die in der Regierungsvorlage und in den Vorschlägen der Reichstagskommission enthalten waren, zu Falle bringen. Diese Hoffnung wurde freilich an dem energischen Einbruch der Sozialdemokraten gescheitert, denen sich in diesem Falle die Zentrumspartei und die Freisinnigen angeschlossen. So ist es denn möglich gewesen, am Mittwoch den 9. Dezember in dritter Lesung das Gesetz unter Segen und Hoch zu bringen. Wenn auch nicht alles erreicht worden ist, was vom Standpunkte der Arbeiter aus wünschbar gewesen wäre, so sind die Verbesserungen des bestehenden Rechts doch immerhin groß genug, um die Zustimmung der sozialdemokratischen Partei zu der Novelle in der Gesamt- abstimmung zu rechtfertigen. Die Fraktion verfuhr in diesem Falle genau so, wie sie es seit langer Zeit getan hat: Sie nahm jede Gelegenheit wahr, Verbesserungen durchzuführen und Verschlechterungen zu verhindern, prüfte dann vor der Schlussabstimmung, ob im Ganzen genommen ein Vorteil für die Arbeitererschaft heraus- spränge und stimmte zu, als dies tatsächlich festgestellt wurde.

Überhaupt man nun das Ergebnis dieser neuesten gesetzgeberischen Arbeit, so zeigt sich, daß zunächst die Arbeiterzeitung für Arbeiterinnen in solchen Betrieben, in denen die elfstündige Ruhezeit eingeführt werden muß, nurmehr 10 Stunden beträgt. Diese höchste Arbeitszeit tritt am 1. Januar 1910 in Kraft. Das Verbot der Nachtarbeit für Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens ist ein kleiner Fortschritt, ebenso die vorgeschlagene ununterbrochene Ruhezeit; in dessen dürfen wir nicht verkennen, daß ein großer Teil der gewerblichen Arbeiter bessere Arbeitsbedingungen, als sie hier vorgesehen werden, bereits infolge lüchigen Eingreifens der gewerkschaftlichen Organisationen erreicht hat. Die sozialdemokratische Fraktion verlangte denn auch ganz konsequent, den Neunstundenag jetzt einzuführen und in der Folge auf acht Stunden herabzusetzen.

Wichtig ist eine andere Verbesserung unseres Gewerbeverkehrs...

Am Sonntagabend soll der nunmehr gesetzlich eingeführte...

Nein! Besseres Geschick war den Verwirklichen beschieden...

Die Mitgabe von Arbeit nach Hause an Arbeiterinnen...

So hat denn die dritte Lesung des Gesetzes noch weniger...

Die ohnehin schon unbefriedigende Gewerbeordnung ist...

wandern einer umhändlichen strafgerichtlichen Aktion. Gabe...

In der Diskussion regte der Abgeordnete Wothem an...

Neuestes aus dem Christenlager.

Bs. Der christlichen Gewerkschaftsbewegung zählt sich eine...

Auch in Preußen gibt es eine solche Organisation: den Ver...

Von den christlichen Gewerkschaftsführern ist dann innerhalb...

der christlichen Gewerkschaften beim im Verbandsgebiet...

Im Triester Verband herrscht die aller schlimmste...

So wäre es diesmal also kein „sozialdemokratischer Verband“...

Und noch etwas wollen wir uns merken: Herr Peter Molz...

Schon bei der vorjährigen Landtagswahl habe bereits der...

Als Zentrum und christliche Gewerkschaften öffneten Peter...

Technische Rundschau.

Unterirdische Eisenbahn. - Elektrische in Österreich. - Fortschritt...

Die heutigen Eisenbahnen sind moderne Schweißstahlfahrer...

Das ist die elektrische Beleuchtung des Stahles mit flüssigem...

fastlich heute zu den unentbehrlichen Hilfsmitteln eines modernen...

nie selbst und überall für Freiheit, Frieden und Recht kämpfen. Als aber Herr Peter Wolf...

Und noch etwas anderes lehnen uns diese Vorstände inforn, als der berühmte Hund...

Vom Pensionistenwesen.

Die Zeitung der Maschinenfabrik in Sölingen war vom dortigen Gewerbegericht...

Die Berufung der Beklagten, Berufungslägerin, gegen das Urteil des Gewerbegerichts...

In der schriftlichen Ausfertigung des Urteils folgt darauf eine Schilderung des Tatbestandes...

Die Beklagte hat den Lohnabzug und die Abführung der Beiträge auf Grund des § 3...

die Lage der Arbeiter oder ihrer Familien verbessert wird. Weil es sich aber um eine...

Nur dann bildet die Beteiligung an einer solchen Einrichtung einen Erfolg für den in...

Die Begründung geht dann noch weiter auf die von der Firma gemachten Angaben...

„Aber diese Ausführungen mögen bei Beamten, bei welchen ein häufiger Stellenwechsel...

Da der statistisch nachgewiesene häufige Arbeiterwechsel zugehörigend...

Aus der Begründung ist noch folgende Stelle hervorzuheben: „Damit ist noch nicht...

Die Entscheidung stützt sich hauptsächlich darauf, daß nur 11 Prozent der Arbeiter auf eine...

In Nr. 29 der Metallarbeiter-Zeitung berichteten wir über das fassende Verfahren...

Die Beweisaufnahme erstreckte sich lediglich auf die Vernehmung des Dr. Dent...

Die Vernehmung des Dr. Dent von der Union und auf die Vernehmung eines Artzels...

Wir werden ja nun sehen, ob die Zeitung der Union nach dieser moralischen Verurteilung...

In Nummer 51 vom Organ des christlichen Metallarbeiter-Verbandes wird über ein Urteil...

Es scheint jedoch auch den Schafmachern allmählich der Gedanke aufzukommen...

sehr vielen Betrieben würde es unmöglich sein, eine Säge mit Nemenantrieb...

(Heißwasserbohrerbehälter) eigneten sich deshalb die engströmigen Heißwassererzeuger...

Nächstes wird auch jetzt zur Erzeugung von Dampf und Heißwasser besonders für Brauereien...

Die beiden jetzt in Verwendung stehenden elektrischen Heizsysteme sind das Kryptol-Heizsystem...

Die größte Dampfmaschine der Welt ist unlangst im Walzwerk der United States Steel Corporation...

nehmungen angeordnet ist und als Musterstatut empfohlen wird. Bei dieser Gelegenheit ist in dem betreffenden Werke — vermutlich, um Beurteilungen zu entgegenen — auch die Rückzahlung der Beiträge geregelt worden. § 11 des Statuts bestimmt darüber folgendes: Den freiwillig oder unfreiwillig ausstehenden Mitgliedern dürfen ihre Beiträge ohne die Hinten zurückgestellt werden. Diese Hinterrückstellung geschieht aber nur für diejenigen Beiträge, welche immer bei der ersten fünf Jahren der Mitgliedschaft einbezahlt wurden; die Beiträge der ersten fünf Jahre verbleiben immer bei der Kasse. Ebenso werden nicht zurückgestellt: Das Eintrittsgeld (das 10 Mark beträgt), die Hinten der Beiträge, sowie die von der Kasse geleisteten Zuschüsse. Der Anspruch auf Rückzahlung von Beiträgen ist bei Verzicht derselben innerhalb vier Wochen vom Tage des Austritts aus der Kasse an beim Statutarium schriftlich zu erklären und zu begründen. Es ist ja möglich, daß in Saarbrücken dieser farnose Paragraph genügt, um der Kasse den Charakter einer Wohltätigkeitsanstalt im Sinne des § 117 der Gewerbeordnung zu sichern. Tatsache ist aber, daß nach diesem Paragraphen überhaup nicht wieder zu ihrem Werte beschlagnahmte Arbeiter überhaup nicht wieder zu ihrem Werte kommt und daß die, die nach mehr als fünfjähriger Beschäftigung den Betrieb verlassen, in den allermeisten Fällen nur einen geringfügigen Betrag, der wiederum in die Kasse fließt, erhalten. Statut den aufgeschobenen Arbeitern möglich, durch Zahlung bestimmter Beiträge ihre Mitgliedschaft beizubehalten. Aber diese Bestimmungen entsprechen durchaus noch nicht dem, was von der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag gefordert worden ist (siehe Metallarbeiter-Zeitung Nr. 21, Seite 108).

Aus dem Jahresbericht der Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaft der Feinmechanik.

Dem Bericht dieser Berufsgenossenschaft (siehe Nr. 49, Seite 300) ist ein Sonderheft gefolgt. Im Jahre 1907 waren vier Aufsichtsbeamte für die Berufsgenossenschaft tätig. Diese Beamten erklären sich „unverhofft“ Betriebsunfällen, von denen bekanntlich noch viele Versicherte träumen, wie folgt: „Da die Beschäftigten grundsätzlich vorher angefragt werden, so nehmen die Betriebsunternehmer der Betriebsleiter größtenteils persönlich an der Besichtigung teil.“ Kein Wunder, daß dann alles in „bester Ordnung war“. Erwähnt wird auch, daß die Unternehmer den getroffenen Anordnungen „Wohlvollen“ entgegenbrachten und niemals den Zutritt verweigerten. Natürlich, wenn man so höflich vorher den Besuch anzeigt und grundsätzlich keine unvorhofften Revisionen vornimmt. Ob die staatlichen Aufsichtsbeamten, die im Bericht wiederholt erwähnt werden, auch in dieser Praxis kommen werden? Verlangt wird von diesen, daß die Berufsgenossenschaft mehr entgegenkommen und die Betriebsunternehmer mehr auf die Erfüllung der Unfallverhütungsvorschriften anzuweisen sollten, da sie doch von der Errichtung neuer Betriebe über Kenntnis erhalten als die Berufsgenossenschaft. Gelobt wird die Gewerbeinspektion Götha, die eine Vorstudie beantragt habe, die das Sanieren mit scharfen Patronen in Werkstatträumen vorsehe. Auch die Unternehmer werden sehr gelobt, weil ihr „Interesse an der Unfallverhütung wächst“. Bei den Versicherten heißt es aber, daß deren Anteilnahme geringer sei, weil sie „von den meisten Unfällen Kenntnis nicht erhalten“. Der Satz ist sehr unklar. Werden wollen die Notwendigkeit von Schulvorrichtungen nicht anerkennen? Aber das Ergebnis der Besichtigungen enthält der Bericht eine Tabelle, in der auch eine Statistik enthalten ist, die die Zahl der in den kontrollierten Betrieben beschäftigten Vollarbeiter angibt. Das doch wirklich nur eine Zahlenpielerei. Über die Zahl der beschäftigten Betriebe orientiert diese Tabelle.

	Besichtigte Betriebe		Ordnungsmäßig befindliche Betriebe	
	Anzahl	in Proz. der Gesamtzahl	Anzahl	in Proz. der Besichtigten Betriebe
Kategorie I	338	29	85	25
Kategorie II	5	2	—	—
Kategorie III	—	—	—	—
Kategorie IV	158	25	129	82
Kategorie V	197	50	10	67
Kategorie VI	15	6	199	66
Kategorie VII	301	52	—	—
Kategorie VIII	—	—	—	—
Kategorie IX	206	62	—	—
Kategorie X	—	—	—	—
Kategorie I-X	1220	21	—	—

Der Bericht heißt es ferner: „Die vorchriftsmäßige Anhängung Plakate und die Bekanntgabe der Unfallverhütungsvorschriften vorwiegend in kleineren Betrieben viel zu wünschen übrig. In manchen Fällen hatte sogar ein Betriebsunternehmer von der Erfüllung Unfallverhütungsvorschriften überhaupt keine Kenntnis.“ Selbsteckelnd ferner, daß Treppen und Zugänge in den Werkstätten nicht in Ordnung waren, und die Arbeitsräume durch Aufstellung zener Schränke sehr beengt seien. „In der Holzverarbeitung gehen Strafen zu den meisten Unfällen und Verletzungen.“ Einmal werden von einem Spaltisen befunden; vielfach wurde die falsche Stellung selbst bemängelt. Zu einem Falle wurde der weitere Verlauf von eingetragenen Arbeitsunfällen berichtet. In anderen Fällen wurden jedoch keine Unfälle berichtet; in anderen Fällen geschahen nur ganz unbedeutende Stöße... Die eingehendsten Verordnungen für die Errichtung elektrischer Anlagen sind allein nicht reichend, um das gefährliche Betriebsgeschehen zu vermeiden; es muß darauf geachtet werden, daß die Sicherheit auch und zu der Zeit der Inbetriebsetzung und der Instandhaltung vorhanden, auch dann gut erhalten bleibt. Eine ständige Kontrolle der Anlagen, die dann deren mangelnde Instandhaltung häufig recht erschwert wird, muß seitens der Betriebsleiter beachtet werden. Reparaturen und Erweiterungen dürfen nur von sachkundigen Personal ausgeführt werden. Besonders sind die Reparaturen durch besonders tüchtige Beamte des Betriebs, die sich über hohen Verantwortung bewusst sind, auszuführen, bezüglich der Leistungsstärke besonders im Frühjahr, um die Winterarbeiten, und die, um einmündig durch Geschiebe verursachte Fehler vor Eintritt in den Winter zu beseitigen.“ Während die meisten Berufsgenossenschaften darüber klagen, daß Arbeiter heute sehr selten, auch die geringe Beschäftigung der Berufsgenossenschaft werden, macht der Bericht besonders auf die Besetzung der Beamten aufmerksam und empfiehlt, die nachstehende Besetzung zu empfehlen: Keine Stunde ist angeführlich. Auch die kleinste Besetzung kann zu Blutvergiftung führen. Besonders können kleine Sägen und Sägen, Abhängen und Drehmaschinen an den Fingern und der Hand durch Blutvergiftung schwere Verletzungen der Finger und der Hand verursachen, ja selbst die Amputation von Fingern oder gar des Armes nötig werden. Es darf daher selbst die kleinste Stunde nicht vernachlässigt werden. Die Hände sind immer sauber zu halten, wenn Arbeiter an Maschinen arbeiten und einen Verband zu befestigen. Bei einem Unfall muß ein tüchtiges Stuhlband sofort angebracht werden, das durch ein Helfer, wie ein Arbeiter, Helfer oder Arbeitgeber oder Besichtigter bedacht oder befestigt wird. Sobald die Hände verletzt sind oder die Umgebung der Hände sehr rauh oder schmerzhaft, ist unverzüglich die Arbeit einstellen und der Arzt anrufen. Die Besichtigung der Maschine und deren Befolgung ist zu beachten.

Streit im Strebelwerk in Mannheim.

Die Verhandlungen, die durch Herrn Oberbürgermeister Martin eingeleitet worden waren, wurden am Sonntag den 18. Dezember und Montag den 19. Dezember fortgesetzt und führten schließlich zu einem Ergebnis, das zusammengefasst wurde wie folgt:
1. Die Affordpresse im Strebelwerk sind und werden so festgestellt, daß es den Arbeitern bei ordnungsgemäßer Leistung und Arbeitshäufigkeit ermöglicht wird, in der Werkstätte von 10 1/2 bis 12 1/2 bis 14 1/2 Stunden, in der Werkstätte von 12 bis 14 1/2 bis 16 1/2 Stunden zu verdienen. In gleicher Weise wird bei der Verfertigung von Affordpressen vereinbart, wo es sich um eine Änderung der Arbeitsmethode handelt. Bei Überschreitung dieser Werkstätten findet kein Abzug an den Affordlösen statt.

2. Die Direktoren erklären ausdrücklich, daß sie bei Festlegung der Affordlöse von der festen Absicht ausgeht, zu erreichen, daß bei regulärer Arbeit die in Ziffer 1 vorerwähnten Stundenverdienste auch tatsächlich erzielt werden. Sollte sich herausstellen, daß dies bei einem Afford nicht bauend der Fall ist, so kann die Affordation hierwegen innerhalb vier Wochen von dem unter Ziffer 4 genannten Tage an in den einzelnen Werkstätten bei der Vertriebsleitung erhoben werden. Diese untersucht die Reklamation zunächst bald, wobei der Arbeiter das Recht hat, einen sachverständigen Arbeiter aus seiner Abteilung hinzuzuziehen. Wird eine Einigung hierbei nicht erzielt, so ist diese auf gleicher Grundlage mit der Direktoren zu versuchen. Wegen Reklamation erwacht keinem Arbeiter ein Recht in der Behandlung oder der Zuweisung von Arbeit.

3. Die Direktoren wird keinerlei Maßregelung der streikenden Arbeiter eintreten lassen, vielmehr zunächst 90 Prozent derselben, und zwar unter vorzugsweiser Berücksichtigung der verheirateten und der schon längere Zeit im Betrieb beschäftigten Arbeiter berat wieder einstellen, daß der volle Betrieb spätestens wieder aufgenommen wird:
a) in der Gießerei am 28. Dezember dieses Jahres,
b) in der Werkstätte am 6. Januar 1908.

Die restlichen 10 Prozent der Arbeiter werden spätestens bis 15. Februar 1908 wieder eingestellt. Wird es durch Änderung der bisherigen Arbeitsmethode nötig, Parteien zu reduzieren, so wird in der Regel der zuletzt zur Partie hinzugekommene Arbeiter weggelassen und anderweitig beschäftigt.

4. Die vierwöchige Frist zur Erhebung von Reklamationen im Sinne von Ziffer 2 beginnt am 15. Januar 1908.

5. Für die Arbeitszeit sind die Bestimmungen der jeweils gültigen Arbeitsordnung maßgebend. Für die Gießerei wird diese Ordnung so getroffen werden, daß sie zunächst noch mit der bisherigen Arbeitsmethode übereinstimmt. Die Firma wird indessen mit unklarer Bescheinigung die nötigen technischen Einrichtungen treffen, die es ermöglichen, die Arbeitszeit für Gießerei und Werkstätte übereinstimmend zu gestalten.

6. Die streikenden Arbeiter des Strebelwerkes sollen sich spätestens bis Donnerstag, 17. Dezember dieses Jahres, mittags 12 Uhr, beizugehen erklären, ob sie unter den oben in Ziffer 1 bis 5 niedergelegten Voraussetzungen zur Wiederaufnahme der Arbeit bereit sind.

7. Der anwesende Vorsitzende des Verbandes der Metallindustriellen Wadens, der Pfalz und der angrenzenden Industriebezirke, Herr R. Ernst, übernimmt es, dafür Sorge zu tragen, daß die vom Verband am 15. Dezember in Aussicht genommene Gesamtabstimmung der Arbeiterchaft im Metallgewerbe jedenfalls nicht vor Ablauf der in Ziffer 6 bestimmten Erklärungsfrist stattfindet und überhaupt unterbleibt, falls die Arbeiter sich innerhalb dieser Frist zur Wiederaufnahme der Arbeit im Strebelwerk unter obigen Voraussetzungen bereit erklären.

Über die Verammlung der Streikenden am 16. Dezember berichtet die Mannheimer Volksstimme vom 17. Dezember: „Die gestern früh im Kolosseum stattgefundene Verammlung der Strebelwerkarbeiter brachte keine Entschöpfung für den Frieden. Die verantwortlichen Vertrauensleute der Streikenden berichteten in durchaus sachlicher Weise über das Resultat der Einigungsverhandlungen, dabei darauf verweisend, daß auf der Grundlage des jetzt vorliegenden Resultats eine Beilegung des Streiks zu empfehlen sei. Ebenso energisch aber, wie diese es unternehmen, mit ihren Ausführungen zu überzeugen, genau ebenso vernahmen die Redner aus den Reihen der Streikenden nachzuweisen, daß auf Grundlage der vorliegenden Abmachungen die Arbeit nicht aufgenommen werden könne. Aus jeder Rede klingt es wie weiser Schreden: Der Ausgang des Streiks bei Brown, Boveri & Co. hat bewiesen, daß die Arbeiterchaft recht hat, den Zusicherungen der Industriellen zu misstrauen, daß sie erst Versprechungen machen und nachher die Arbeiter in der schlimmsten Weise schikanieren. Ausführungen solcher Art wiederholten sich in der Verammlung in langer Reihenfolge, und das, obwohl für die Streikenden, soweit sie in Afford arbeiten, bestimmte Zusicherungen in Bezug auf einen erreichbaren Mindestverdienst schriftlich gegeben worden sind und den Tagelöhnern nicht gekürzt wird. Die schriftliche Forderung der Vorkasse ist der bei den Verhandlungen festgesetzte Form genügt den Streikenden nicht; jeder Arbeiter, jede Kolonne will wissen, für welchen Lohn gearbeitet werden soll. Der Wunsch, daß die Firma Brown, Boveri & Co. gerade nach der Richtung hin mit den Arbeitern hös umgesprungen ist, wird in diesem Kampfe erlittet, und die Erbitterung ist so groß, daß jedem, der eine andere Meinung als die Streikenden hat, offenes Mißtrauen entgegengebracht wird.“

Die Stimmung der Streikenden ist sehr wohl begründet und verständlich. Ungeachtet dabei ist nur, daß es den Rednern hat, als ob die Ankläger sich von den Lokalfürsten ins Schlepptau nehmen lassen, von Seiten also, die keine Verantwortung für diesen Kampf haben, auch keine übernehmen können und nicht einmal in der Lage sind, eine ordentliche Streikunterstützung anzubringen. Die Lokalfürsten haben bei jedem Streik im Strebelwerk und bringen die Arbeiterchaft durcheinander, immer in der Absicht, dadurch die Unzufriedenheiten zu zerstreuen. Bei der ergebnislosen Generalversammlung blieben solche Manöver wirkungslos, und wir möchten nur hoffen, daß auch die Arbeiter des Strebelwerkes nach der Richtung hin vernünftig bleiben.“

Die Angaben der Lokalfürsten sind und wie einmal diese vorkommen, das wollen wir uns an einem einzigen Fall nachweisen. Diese verhalten gestern in der Verammlung ein Stückchen, in dem es, in der Absicht, die Arbeiterchaft zu täuschen, heißt: Die Einigungsbedingungen habe der Generalkongress früher als die Lokalfürsten vernünftig. Die Streikenden werden beachten, daß die Einigungsbedingungen am Samstag nachmittags gleichmäßig an alle Zeitungen veröffentlicht wurden. Da nun der Generalkongress und die Neue Volkliche Landzeitung zwei Ausgaben pro Tag haben, so konnten diese die Bedingungen auch am Montag abend bekanntgeben, während die einmal pro Tag erscheinenden Zeitungen, darunter auch die Volksstimme, das erst Dienstag auskommen. Das wissen die Lokalfürsten sehr wohl, aber trotzdem muß die Lokalfürsten eine abgeben.“

Der Bericht über den Verlauf der Einigungsverhandlungen gab der Schriftleiter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Genosse Vorhöfzer, dem wir alles sehr viel dankbar hier, den Unterchied zwischen den Forderungen der Arbeiterchaft im September und dem Abbruch der Einigungsverhandlungen klar herausgehoben. Dft findet er Widerspruch, doch öfters auch Zustimmung. Einziges seines Ansehens weiß Vorhöfzer darauf hin, daß er nicht gewonnen sei, um zu reden, wie es sein sollte, sondern um das zu sagen, was in der Sache gesagt werden muß. Es wäre ihm auch lieber, zur Einigung herbeizuführen, das ist das, was man anstreben sollte, und er müßte die neue Maßregel sagen.“

Bei den Verhandlungen auf dem Rathaus hat es sich zunächst darum gehandelt, die Währungsfrage der Wage nach festzusetzen. Das habe sich als ausmündig erwiesen, da viele Hundert solcher in Frage kamen und die Arbeit eine sehr langwierige sei. Man müsse, das neue Arbeitsverfahren zur Durchsetzung gelangen, so daß es früher ist, so in einem Zuge zur Niedererfassung der Arbeit die Lokalfürsten feststellen. Um diesen Punkt man konnte lange Zeit ein unannehmbare Abbruch nicht gefunden werden, das war so mehr, als die Direktion der Strebelwerke immer wieder erklärte, sie könne von ihrem neu festgesetzten Kostensätzen nicht absehen. Schließlich seien diese von ihrem beständig verteidigten Standpunkt abgegangen und haben dann gewilligt, daß für jede Arbeiterkategorie bestimmte Affordverdienste bei ordnungsgemäßer Arbeit in 1/2 Stunden pro Tag festgesetzt sind. Gleich ernst war die Situation bei der Verhandlung der Frage über die Wiedereinstellung der Arbeiter. Es hat viele Mühe gekostet, zu erreichen, daß mindestens neun Zehntel der Streikenden wieder nach Beendigung des Konflikts zur Arbeit zurückkehren sollen, und zwar zuerst die Verheirateten und die am längsten im Betrieb Beschäftigten. Die Bedingen und zuletzt in den Betrieb gekommenen Arbeiter sollen längstens bis zum 10. Februar wieder eingestellt werden. Der Redner berührt noch die übrigen Abmachungen und ersucht um sachliche Beratung der Vorlage. Die Diskussionsredner nehmen alle einen ablehnenden Standpunkt zu den Vorschlägen ein. Wenn gesagt wird, daß die Arbeiter im Strebelwerk viel Geld verdienen, so darf dabei aber nicht vergessen werden, daß eine lange und unregelmäßige Arbeitszeit im Betrieb üblich ist, und daß der Betrieb die höchste Krankheitsaffekt von allen Betrieben der Metallbranche aufzuweisen hat. Im letzten Quartal 1907 zum Beispiel waren von 770 im Betrieb Beschäftigten 147 Mann krank gemeldet. Die sanitären Einrichtungen des Betriebs sind höchst mangelhaft; Zugluft, Staub und Gestank nehmen die Arbeiter gehörig mit. Ein seit zwei Jahren gegebenes Versprechen, Ventilatoren einzubauen, wird einfach nicht eingelöst. In letzter Zeit hat man die Kontrollkühler innerhalb der Fabrik untergebracht. Die Arbeiter müssen sich erst unkleiden, ehe sie sich niederlegen können; des Mittags und Abends aber müssen sie erst an die Kontrollkühler und dann erst dürfen sie sich zum Schmutz reinigen und sich unkleiden. Das alles erregt böses Blut und zeigt darauf hin, daß man den Arbeitern alles nur Mögliche zumutet. Die Erbitterung auf höchste gesteigert hat dann noch die Tätigkeits des Arbeiternachweises der Industriellen, wo die von Streiks übriggebliebenen Arbeiter stets mit Hohn und Spott behandelt und oft länger wie zehn Wochen eingehalten wurden. Genau wie dieser Arbeiternachweis die nach dem Streik von Brown, Boveri & Co. übriggebliebenen Arbeiter mißhandelt hat, genau so, glauben die Streikenden, sollen sie dann behandelt werden. Valzer, der Führer der Eisen- und Stahlwerke, verläßt nachzuweisen, daß eine Reihe dieser Bedenken in Wegfall kommt, da feste Beschüsse dem einen Diegel vorschoben. So brauchten diejenigen Arbeiter, die jetzt nicht gleich in den Betrieb kommen können, nicht länger wie spätestens bis zum 15. Februar ohne Arbeit zu sein. Für die Befreiung der bekannt gewordenen Mißstände werde die Fabrikinspektion sorgen, und die lange Schusterei könnten die Arbeiter am besten selbst beilegen, indem sie des Morgens früh zu Hause im Bett liegen bleiben und erst zur üblichen Zeit in den Betrieb gehen. Genosse Vorhöfzer weist in längeren Ausführungen die gegen die Kommission erhobenen Vorwürfe zurück und betont, daß auch sie sich im Verband längt mit der Frage der Bekämpfung des Arbeiternachweises der Industriellen befaßt und sich auch darüber klar seien, daß zu geeigneter Zeit etwas geschehen müsse. Über das Wann und Wie müsse er sich aus leicht zu verstehenden Gründen ausweichen. Vorhöfzer schlägt dann vor, daß über die in der Diskussion aufgetauchten Vorschläge neuerdings mit den Unternehmern verhandelt und dieserhalb die Abstimmung vertagt werden soll. Daraufhin meldete sich ein Genosse zum Wort, der verlangte, daß man dem Lokalfürsten Stelzer das Wort erteilen möge. Die Verammlung schien mit dem Vorschlag zu sympathisieren, nicht aber die Verammlungsleiter, die ganz mit Recht darauf hinwiesen, daß Leute, die von Verrat reden und die Verbandsleitung in nicht zu verkennender Absicht beschimpfen, nichts in die Streitangelegenheit hineinreden haben. Genosse Vorhöfzer wies mit Recht darauf hin, daß die Lokalfürsten sich außerhalb der Partei gestellt haben und dieserhalb nichts mit zentralorganisierten Arbeitern zu tun hätten. Ebenso behauptet Genosse Keimel, daß es Parteigenossen gebe, die sich mit den Lokalfürsten in solchen Situationen einließen und deren Geschäfte förderten. Die Erfahrung lehre doch, daß diese Leute bei solchen Gelegenheiten ganz andere Interessen zu wahren suchten. Hierauf stimmte die Verammlung dem Vertagungsantrag zu. Mit Ausnahme des letzten Zwischenfalls verlief die Verammlung ruhig und anständig.“

von ihrem neu festgesetzten Kostensätzen nicht absehen. Schließlich seien diese von ihrem beständig verteidigten Standpunkt abgegangen und haben dann gewilligt, daß für jede Arbeiterkategorie bestimmte Affordverdienste bei ordnungsgemäßer Arbeit in 1/2 Stunden pro Tag festgesetzt sind. Gleich ernst war die Situation bei der Verhandlung der Frage über die Wiedereinstellung der Arbeiter. Es hat viele Mühe gekostet, zu erreichen, daß mindestens neun Zehntel der Streikenden wieder nach Beendigung des Konflikts zur Arbeit zurückkehren sollen, und zwar zuerst die Verheirateten und die am längsten im Betrieb Beschäftigten. Die Bedingen und zuletzt in den Betrieb gekommenen Arbeiter sollen längstens bis zum 10. Februar wieder eingestellt werden. Der Redner berührt noch die übrigen Abmachungen und ersucht um sachliche Beratung der Vorlage.

Die Diskussionsredner nehmen alle einen ablehnenden Standpunkt zu den Vorschlägen ein. Wenn gesagt wird, daß die Arbeiter im Strebelwerk viel Geld verdienen, so darf dabei aber nicht vergessen werden, daß eine lange und unregelmäßige Arbeitszeit im Betrieb üblich ist, und daß der Betrieb die höchste Krankheitsaffekt von allen Betrieben der Metallbranche aufzuweisen hat. Im letzten Quartal 1907 zum Beispiel waren von 770 im Betrieb Beschäftigten 147 Mann krank gemeldet. Die sanitären Einrichtungen des Betriebs sind höchst mangelhaft; Zugluft, Staub und Gestank nehmen die Arbeiter gehörig mit. Ein seit zwei Jahren gegebenes Versprechen, Ventilatoren einzubauen, wird einfach nicht eingelöst. In letzter Zeit hat man die Kontrollkühler innerhalb der Fabrik untergebracht. Die Arbeiter müssen sich erst unkleiden, ehe sie sich niederlegen können; des Mittags und Abends aber müssen sie erst an die Kontrollkühler und dann erst dürfen sie sich zum Schmutz reinigen und sich unkleiden. Das alles erregt böses Blut und zeigt darauf hin, daß man den Arbeitern alles nur Mögliche zumutet. Die Erbitterung auf höchste gesteigert hat dann noch die Tätigkeits des Arbeiternachweises der Industriellen, wo die von Streiks übriggebliebenen Arbeiter stets mit Hohn und Spott behandelt und oft länger wie zehn Wochen eingehalten wurden. Genau wie dieser Arbeiternachweis die nach dem Streik von Brown, Boveri & Co. übriggebliebenen Arbeiter mißhandelt hat, genau so, glauben die Streikenden, sollen sie dann behandelt werden. Valzer, der Führer der Eisen- und Stahlwerke, verläßt nachzuweisen, daß eine Reihe dieser Bedenken in Wegfall kommt, da feste Beschüsse dem einen Diegel vorschoben. So brauchten diejenigen Arbeiter, die jetzt nicht gleich in den Betrieb kommen können, nicht länger wie spätestens bis zum 15. Februar ohne Arbeit zu sein. Für die Befreiung der bekannt gewordenen Mißstände werde die Fabrikinspektion sorgen, und die lange Schusterei könnten die Arbeiter am besten selbst beilegen, indem sie des Morgens früh zu Hause im Bett liegen bleiben und erst zur üblichen Zeit in den Betrieb gehen.

Genosse Vorhöfzer weist in längeren Ausführungen die gegen die Kommission erhobenen Vorwürfe zurück und betont, daß auch sie sich im Verband längt mit der Frage der Bekämpfung des Arbeiternachweises der Industriellen befaßt und sich auch darüber klar seien, daß zu geeigneter Zeit etwas geschehen müsse. Über das Wann und Wie müsse er sich aus leicht zu verstehenden Gründen ausweichen. Vorhöfzer schlägt dann vor, daß über die in der Diskussion aufgetauchten Vorschläge neuerdings mit den Unternehmern verhandelt und dieserhalb die Abstimmung vertagt werden soll.

Daraufhin meldete sich ein Genosse zum Wort, der verlangte, daß man dem Lokalfürsten Stelzer das Wort erteilen möge. Die Verammlung schien mit dem Vorschlag zu sympathisieren, nicht aber die Verammlungsleiter, die ganz mit Recht darauf hinwiesen, daß Leute, die von Verrat reden und die Verbandsleitung in nicht zu verkennender Absicht beschimpfen, nichts in die Streitangelegenheit hineinreden haben. Genosse Vorhöfzer wies mit Recht darauf hin, daß die Lokalfürsten sich außerhalb der Partei gestellt haben und dieserhalb nichts mit zentralorganisierten Arbeitern zu tun hätten. Ebenso behauptet Genosse Keimel, daß es Parteigenossen gebe, die sich mit den Lokalfürsten in solchen Situationen einließen und deren Geschäfte förderten. Die Erfahrung lehre doch, daß diese Leute bei solchen Gelegenheiten ganz andere Interessen zu wahren suchten.

Hierauf stimmte die Verammlung dem Vertagungsantrag zu. Mit Ausnahme des letzten Zwischenfalls verlief die Verammlung ruhig und anständig.“

Am 17. Dezember vormittags 11 Uhr versammelten sich die Streikenden zur Fortsetzung der Beratungen über das Ergebnis der Einigungsverhandlungen. Die Pfälzische Post berichtet darüber in einem Extrablatt: „Der Referent, Bezirksleiter Vorhöfzer, erstattete Bericht über die während des gestrigen Abends bis spät in die Nacht mit den Industriellen gepflogenen nochmaligen Unterhandlungen. Die Streikleitung habe sich sofort mit Herrn Oberbürgermeister Martin telefonisch in Verbindung gesetzt, einesseits zum Zwecke der Information über die Auslegung des Passus über die zu niedrig angelegten Affordlöse, andererseits, um nach dem Verlauf der gestrigen Verammlung zu hören, ob die von der Firma gemachten Zugeständnisse das äußerste sind. Der Herr Oberbürgermeister habe ihm mitgeteilt, daß er schon von den Industriellen um eine Beispredung ersucht worden sei, da sie durchaus nicht den Vorwurf betreffs der Nichterhaltung der Bedingungen bei der Firma Brown, Boveri & Co., der gestern in der Verammlung erhoben wurde, auf sich sitzen lassen wollten. Er hält es für ausgeschlossen, daß sich die Direktoren der Strebelwerke noch auf weitere Verhandlungen einlassen würden. Die Streikleitung habe sich hierauf mit den Älten über den Streit bei Brown, Boveri & Co. auf das Rathaus begeben; sie habe dann dem Oberbürgermeister die Beanstandungen mitgeteilt, welche in der gestrigen Verammlung erhoben wurden. Der Herr Oberbürgermeister habe nachmals erklärt: Verhandlungen mit der Direktion gäbe es unter keinen Umständen mehr. Direktor Krebs habe sich aber bereit erklärt, eine Kommentierung zu den Bedingungen zu geben. In der Beispredung waren auch die Vertreter von Brown, Boveri & Co. anwesend. (Er Redner) könne offen erklären, nach dem, was der Vorstand des Verbandes der Industriellen gestern erklärt habe, könne es den Herren von Brown, Boveri & Co. schlimm ergehen, wenn die unter ihrer Zustimmung festgelegten Bedingungen von ihnen nicht eingehalten würden. (Heiterkeit und Widerspruch.) Die Industriellen sind bereit, eine strenge Untersuchung über die Beschwerden der Arbeiter unter Hinzuziehung von Vertretern derselben anzustellen. Die Industriellen hätten versichert, den Arbeitern, welche Beschwerden erheben zu können glauben, werde auch kein Haar gekrümmt. Er habe es abgelehnt, sich mit den Direktoren von Brown, Boveri & Co. in Verhandlungen einzulassen, bevor er nicht die Vertrauensleute gesprochen, sie hätten aber erklärt, daß sie auch nicht um Haarsbreite von den Bedingungen abgehen seien. Die Streikleitung hätte bei der Auseinandersetzung kein Blatt vor den Mund genommen und den Herren darauf die Meinung gesagt, wie es wohl noch bei keiner Verammlung auf dem Rathaus geschehen sei.“

Bezüglich des Kommentars zu den Einigungsbedingungen hätte sich der zweite Vorsitzende des Industriellenverbandes, Herr Mohr, gegen diesen erklärt, weil in demselben das Zugeständnis hineininterpretiert wurde, daß Affordlöse, die sich zu niedrig erwiesen haben, noch vergütet werden, trotzdem der zweite Direktor der Strebelwerke, Herr Krebs, sich bereit erklärte, diese Kommentare zu geben. Diefelben haben folgenden Wortlaut:

Wenn die Prüfung einer Beschwerde bezüglich der Festsetzung eines Affordverdienstes ergibt, daß der Affordverdienst zu niedrig angelegt ist, wird dem betreffenden Arbeiter der Verdienstaufschuß rückvergütet. Die Lohnsätze in der Gesamtgarage von 52 1/2 bis 78 1/2 werden abgeändert. Die einzelnen Arbeiterkategorien entsprechend festgesetzt. Es ist also zum Beispiel der Preis für den Affordfabrik eines Werkschlepararbeiters nicht richtig angelegt, wenn es dem Arbeiter bei ordnungsgemäßer Leistung nur möglich ist, 52 1/2 zu verdienen, während für die betreffende Arbeiterkategorie ein Affordverdienst von 60 1/2 als Norm angelegt wurde. Trotz aller Bemühungen hätte die Direktion jedes weitere Zugeständnis abgelehnt. Heute früh hätten die Direktoren die Streikleitung wieder zu sich beschieden; in Gegenwart des „Unvermeid-

„Lüben“ (Wolfsblut) habe dann noch eine Verlesung stattgefunden. In dieser wurde dann die oben angegebene Maßnahme getroffen. Die Hauptinhalte, die gestern gegen die Bedingungen erhoben wurden, seien also damit beseitigt. In diesem Kommentar gebe es kein Mittel. Die Herren hätten versprochen, die Arbeitsordnung einzuhalten. Die Wünsche der Arbeiter einzurichten und sofort mit den Arbeitern in Beratungen zu treten, damit man in der Fabrik sobald als möglich zu einer regulären Arbeitszeit komme. Aber eine Änderung von heute auf morgen zu treffen, sei doch nicht möglich. So wie die Arbeitszeit jetzt in der Fabrik sei, sei sie ungesund, da dieselbe in der Fabrikordnung festgelegt werden muß, bei deren Festlegung die Arbeiter zu hören sind. Das eine liege fest, wenn die Direktion nicht den Willen habe, die Bedingungen zu halten, so würden sie dazu gezwungen werden. Die Direktoren hätten erklärt: Wir geben der Arbeiterfamilie die heilige Versicherung, daß wir das, was wir jetzt, Wort für Wort auch halten werden. Bis zum angegebenen Zeitpunkt wird auch der letzte Mann eingestellt sein. Mit werden auch halten, was wir versprochen, daß die Verheirateten zuerst eingestellt werden sollen. Mehr zuzugeben, ist uns unmöglich.“ Der Redner wendet sich dann gegen die Angriffe in dem anarchistischen Witz, der heute morgen vor dem Saaleingang verteilt wurde, und in dem gesagt wird, alles, was die Vertreter der Arbeiterschaft gestern gesagt hätten, hätten sie schon vor dem Streik sagen sollen. Die Situation, das müsse doch jedem klar sein, sei ganz anders wie vor dem Streik. Man müsse bedenken, daß die Verprechungen geübt sind durch den Herrn Oberbürgermeister, selbst wenn man auch zu den Industriellen alles Vertrauen verloren habe. Mit einem energiegelassen Appell, sich des Ernstes der Lage wohlbewußt zu sein, schloß der Redner seine Ausführungen.

Die Diskussion bewegte sich in demselben Fahrwasser wie gestern. Die Sachlichkeit geht bei den meisten Rednern unter in der Erbitterung gegen das wilde Treiben des Industriellen-Arbeitsnachweises. Aus allen Ausführungen klingt das tiefe Mißtrauen gegen die Einhaltung der Versprechungen seitens der Arbeitgeber trotz der gemachten Zusicherungen, die Wahrgelungen würden nicht ausbleiben. Sämtliche Redner sprachen sich auch heute, teilweise noch in schärferer Form, gegen die Annahme der Bedingungen aus. Ein Arbeiter verwies darauf, daß gestern der Punkt betreffs der Kontrolle gar nicht berührt worden sei. Nur daß der Direktion keine Minute verloren gehe, haben sich die Arbeiter erst auszulieken, ehe sie die Kontrollurhren stechen.

Während der Debatte ergriff Vorhölzer nochmals das Wort, begehrte aber sofortigen stürmischen Widerspruch, als er auf die verfehlte Hoffnung verwies, durch die Aussperrung mehr zu erreichen, als durch die Abmachungen zur Beilegung des Streiks. Er wies sie auf die schwere Verantwortung hin, die die streikenden Arbeiter der Streikwerke auf sich nehmen, denn von ihrem Votum hänge das Schicksal von 10000 Arbeitern ab.

Die Stimmung wurde nach diesen Ausführungen nur noch gereizter und erregter. Auch Schneider, der gleich darauf das Wort ergriff, hatte denselben Mißerfolg. Allgemeinem Widerspruch begehrte der Vermittlungsvorschlag eines Arbeiters, sich mit dem Mittelstab der Spannung der Löhne als Vorkurs zu geben.

Dann ergriff auch der Vertreter des Hauptvorstandes, Massatich, das Wort. Er ist erstaunt über die Diskussion, die nach dem Bericht Vorhölzer eingeleitet hat. Er verweist die nötige Gründlichkeit und Tiefe bei der ganzen Debatte und er verwundert sich, wie man sich über die Folgen einer Ablehnung der Einigungsbedingungen leicht hinwegsetze. Die Ausführungen eines Kollegen haben ihm den Eindruck erweckt, als ob man die Aussperrung so rasch als möglich herbeiwünsche. Weichen Sie auf Ihrem Standpunkt bestehen, nun, dann wird dieser Wunsch erfüllt werden. (Rufe: Ja wohl!) Glauben Sie aber nicht, daß Sie damit alle Ihre Forderungen durchsetzen. Wer das glaubt, der macht sich ein sehr falsches Bild von dem Ausgang eines solchen Kampfes. Daß Ihre Forderungen nicht alle erfüllt werden, das hätten wir Ihnen schon vor dem Streik sagen können. Über die Kontrolle, die Nichterfüllung der Einigungsbedingungen können Sie doch erst klagen, wenn Sie wieder die Arbeit aufgenommen haben. (Allseitige Rufe: Psui! Psui!) Bedenken Sie, es hängt heute von Ihrer Abstimmung ab, ob an 10000 Metallarbeiter ausgesperrt werden. (Rufe: Das wollen wir ja!)

Nach Massatich richtete Walzer, der Geschäftsführer der Hirsch-Dunderhagen, noch einmal die eindringliche Mahnung an die Streikenden, sich der Bedeutung der heutigen Abstimmung bewußt zu sein. Die Lage sei sehr ernst, es handle sich nicht um die Streikerechts-arbeiter, sondern um Tausende anderer Berufskollegen. Die Einigungsbedingungen müßten eingehalten werden, dafür bürgt Ihnen der Oberbürgermeister mit der ganzen Wucht seiner Stellung. Falls eine Arbeit nicht von drei Mann geleistet werden kann, so ist es ja Ihre Sache, der Direktion zu beweisen, daß sie besser dabei fährt, wenn die Kolonne um einen Mann ergänzt wird. Die Hauptsache ist, daß wir eine Garantie für die Einhaltung der Arbeitsbedingungen haben. Hier handle es sich um die fühlige erwagende Frage: Können wir mehr durchdrücken? Man dürfe sich nicht von Gefühlsstimungen beeinflussen lassen. Es handelt sich um eine Nachfrage, die aber noch keineswegs zu unseren Gunsten entschieden ist. Für das, was Sie heute beschließen, haben Ihre in Arbeit befindlichen Kollegen die Folgen zu tragen. Nichts wäre mir lieber, als wenn ich mich in dem, was ich voraussetze, täusche, und daß nicht, was hinterher kommt, viel schlimmer ist als das, was Ihnen heute geboten wird.

Vorhölzer nahm zu einem kurzen Appell noch einmal das Wort: Es wurde gestern gesagt, wenn wir nicht erreichen, was wir wollen, so wollen wir wenigstens den Unternehmern zeigen, daß wir zu kämpfen wissen und unsere Niederlage eine ehrliche ist. Wenn der Tag der Niederlage kommt, erinnere ich euch an diese Worte. Dieser Tag wird kommen. Und wenn hundert Experten vernichtet sind, schreibt das nicht auf unser Konto, sondern auf Konto derer, die nicht durch Vernunft zu belehren waren.

Vor der Abstimmung sprach Schneider noch einmal eindringlich auf die Arbeiter ein, klar zu überlegen, ehe man zur Wahlurne schreite. Die Abstimmung sei von einer so großen Bedeutung, wie nach keine in einer Arbeiterversammlung je zuvor. Sie hätten zu prüfen, ob sie Tausende von Familien ins Unglück reißen wollen, und das vielleicht zahlreiche Kollegen noch nach Opfern und später arbeitslos auf dem Pflaster liegen. Überlegen Sie, schließt er, ob Sie den gewissenlosen Elementen Glauben schenken können, die auch nicht einen Funken von Verantwortlichkeitsgefühl für die Konsequenzen ihrer heutigen Entscheidung übernehmen.

Die Abstimmung erfolgte per Stimmgabel. Abgegeben wurden insgesamt 397 Stimmen. Für die Beilegung des Streiks erklärten sich nur 31, für die Fortsetzung 397 Stimmen. Zusammen wurden also abgegeben 428 Stimmen. 506 Stimmente haben bei Beginn des Streiks sich für denselben erklärt, ein großer Teil dieser Abstimmenden hat sich also heute eines Besseren enthalten. Das Resultat wurde mit stürmischen Bravo aufgenommen.

Geschäftsführer Schneider stellte fest, daß die christliche Organisation sich nicht an der Abstimmung beteiligt hat, obwohl sie steht, daß sie damals am Beschluß des Streiks mitgewirkt haben. Im Laufe voriger Woche haben sie beim Oberbürgermeister Vorstellungen erhoben, daß sie mehr am Streik beteiligt seien als die Hirsch-Dunderhagen-Organisation. Abgestimmt für den Streik haben von Christlichen 21 Mann, heute hat es von diesen keiner für nötig befunden, seine Stimme mit in die Waagschale zu werfen. (Allgemeines Psui!) Der Redner ermahnt die Anwesenden, die Worte der Verhandlung im Gedächtnis zu behalten, er wolle hoffen, daß seine Befürchtungen nicht eintreten, würden sie aber eintreten, dann sage man nicht, daß die Verhandlung die Arbeiter ins Unglück geführt habe. Dann können Sie den Dank hierfür abflachten jenen gewissenlosen Elementen, denen sie mehr Gehör schenken zu müssen geblaut haben als den eigenen Führern. — Um 2 Uhr war die Versammlung beendet.

Die Kündigung der Metallarbeiter in den Betrieben von Mannheim, Ludwigshafen, Frankenthal und Oggersheim erfolgte am Abend des 17. Dezember noch teils mündlich, teils schriftlich. Bezeichnend ist wieder, daß die bürgerliche Presse in außerst objektiver Weise über

die Verhandlungen berichtet hat, mit Ausnahme des — Mannheimer Volksblattes, des Organs der Christlichen. Dieses Blatt berichtet über die Verhandlungen in einem sehr vorteilhaften Sinne und die Dienste der Unternehmer zu besorgen.

Am Freitag den 18. Dezember fand auch eine allgemeine Vertrauensmännerversammlung in Mannheim statt, der auch die Funktionäre der anderen genannten Betriebsvereinigungen anwohnten. Darin berichtete der Vorsitzende über den Verlauf und Stand der Bewegung. Die Versammlung war von Anfang an auf dem Standpunkt: „Es soll nur ausgesperrt werden, da liegt nichts dran.“ Diese Stimmung ist eben zurückzuführen auf die Maschinen des Vorstandes vom Arbeitsnachweis der Industriellen, Dr. Moebius, der es verstanden hat, in der kurzen Zeit seiner Anwesenheit in Mannheim das Vertrauen der Arbeiter zu den Unternehmern voll und ganz zu untergraben. Die Ausführungen des Kollegen Vorhölzer, der sich sehr referierend verhielt, machten erschütterlichen Eindruck, der auch durch die Diskussionen nicht mehr verwischt werden konnte. Ein Beschluß wurde nach keiner Richtung hin gefaßt. Ferner wurde die Mitteilung gemacht, daß Oberbürgermeister Martin (Mannheim) den Wunsch ausgedrückt habe, mit einer Anzahl Vertrauensleute (zirka 180 Mann), die zu zwei Dritteln Streikende sein sollen, eine Rücksprache zu pflegen. Dem wurde zugestimmt und dürfte diese Besprechung am Samstag den 19. Dezember oder Dienstag den 22. stattfinden. Ob nach derselben eine Änderung in der Situation eintritt, kann heute noch nicht vorausgesetzt werden.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 27. Dezember der 1. Wochenbeitrag für die Zeit vom 27. Dezbr. 1908 bis 2. Jan. 1909 fällig ist.

Das Inhaltsverzeichnis der Metallarbeiter-Zeitung für das Jahr 1908 wird den Verwaltungsstellen mit der Nr. 1 der Metallarbeiter-Zeitung 1909 in zwei Exemplaren zugehen. Die Mitglieder, die ein Inhaltsverzeichnis wünschen, wollen dies sofort ihrem zuständigen Bevollmächtigten mitteilen. Die Bevollmächtigten werden ersucht, die benötigte Stückzahl möglichst umgehend, längstens aber bis 20. Januar 1909 zu bestellen. Die Bestellungen sind auf besonderen Blatt Papier direkt an die Expedition der Metallarbeiter-Zeitung zu richten.

Ausgeschlossen wurden nach § 22 Abs. 1 a u. e des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Berlin:
Der Klempner Konr. Säß, geb. am 13. April 1856 zu Buchbach, Lit. A. Buch-Nr. 184137, wegen Streibruch;
Der Werkzeugmacher Ferd. Frühwirth, geb. am 30. März 1869 zu Graß, Lit. A. Buch-Nr. 211886, wegen Denunziation und unkollegialem Verhalten.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Bremen:
Der Schlosser Wilh. Reiner, geb. am 29. August 1877 zu Thorn, Buch-Nr. ?, wegen Schädigung von Verbandsinteressen.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Chemnitz:
Der Dreher Rud. Hunger, geb. am 7. Juni 1855 zu Chemnitz, Buch-Nr. 251674, wegen Denunziation.

Wieder aufgenommen wird:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Bant-Wilhelmshaven:
Der Schlosser Heinrich Reiners, geb. am 6. Juni 1880 zu Moorwärjen.

Aufforderung zur Rechtfertigung.

Die nachfolgend genannten Mitglieder werden aufgefordert, sich wegen der gegen sie beim Vorstand erhobenen Beschuldigungen zu rechtfertigen. Sofern einer dreimal hintereinander erscheinenden Aufforderung keine Folge gegeben wird, erfolgt Ausschließung aus dem Verband.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Aue:
Der Schlosser Wilh. Rückert, geb. am 15. Juni 1860 zu Pöhseldorf, Buch-Nr. 788499, wegen Schädigung des Verbandes.

Anzuhalten und einzufenden sind:

Schweizer Mitgliedsbuch Nr. 52310, lautend auf Remmacher Gottlieb Bertschinger;
Mitgliedsbuch Lit. A. Nr. 246330, lautend auf den Schlosser Vladislav Lagierka, geb. am 17. September 1890 zu Sandberg;
Mitgliedsbuch Lit. A. Nr. 202213, lautend auf den Schlosser Kurt Hoffmann, geb. am 10. Oktober 1889 zu Nießen (Berlin);
Mitgliedsbuch Nr. 982370, lautend auf den Schlosser Richard Buschke, geb. am 13. Februar 1888 zu Fischtau (Berlin).
Lit. A. Buch-Nr. 266893, lautend auf den Schlosser Mag Kaminski, geb. am 8. Juni 1877 zu Rybnik (Katibor).

Gesucht wird:

Schlosser Herrn. Zollmann, geb. am 29. Juli 1886 zu Königsherg. Verwaltungen oder Kollegen, denen der Aufenthalt des Z. bekannt ist, werden ersucht, das Umgehend hierher mitzuteilen (Nochum).

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an

Theodor Berner, Stuttgart, Röte-Strasse 16b zu richten; auf dem Postabchnitt ist genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

Zur Beachtung! • Zugang ist fernzubalten:

von Drahtziehern nach Hohenheim-Niederlahnstein (Drahtgewebe- und Geflechwerk) H.;
von Eisengießern nach Parischnitz bei Trautenau i. Böhren. (Firma G. Hermann, vormals Kasper) D.;
von Formern, Eisengießereiarbeitern und Keramachern nach Arbon, Schweiz (Gießerei Streckenberg) H.; nach Budapest H.; nach Offenbach (Fa. Fredehagen) St.; nach Rheindt (Firma Friepre) D.;
von Feinschneidern und Helfern nach Bremen E.;
von Metallarbeitern aller Branchen nach Gützmühl (Schneidwerk);
nach Müglitz i. Mähren (elektrot. Fabrik E. Doeffel & Co.) St.;
nach Prag (Morell & Co., Lusterfabrik) E.;
nach Krombach in Lothringen (Kombacher Hütte) E.;
nach Würzburg (Alliengeellschaft für landw. Maschinen vorm. Gebr. Burbaum) D.;
von Schlossern, Drechern, Schmiedern und Maschinenarbeitern nach Friedrichsroda in Thüringen (J. Schömann, Kurbelmaschinenfabrik) H.;
nach Riga H.;
von Schloßern (Bau-) nach Rassel E.;
von Walzwerkerarbeitern (besonders Fein- und Drahtwalzern) nach Krombach i. Lothr. (Kombacher Hütte) D.

(Die mit A. und St. bezeichneten Orte sind Streitgebiete, die überhaupt zu vermeiden sind; v. St. heißt: Streit in Aussicht; E.: Lohn- oder Tarifbewegung; H.: Auslieferung; D.: Differenzen; R.: Maßregelung; M.: Mißstände; N.: Lohn- oder Arbeits-Reduktion; F.: Einführung einer Fabrikordnung.)

Die Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe führen, sind an den Vorstand zu richten. Die Anträge auf Verhängung von Sperren müssen hinreichend begründet und von der Verwaltungsstelle beglaubigt sein.

Der Vorstand nimmt in Erwägung, wie seine der obigen Mitteilungen in Betracht kommen, sind die Mitglieder verpflichtet, sich bei jeder bei der Betriebsverwaltung, dem Geschäftsführer oder Bevollmächtigten des betreffenden Betriebes über die einschlägigen Verhältnisse zu äußern. Diese Anfragen sind von der Verwaltungsstelle, der das Mitglied angehört, abzugeben zu lassen. Anfragen über Orte, wo keine Verwaltungsstelle besteht, wolle man an den Vorstand richten. Das gleiche gilt für alle die, die an ihrem selbstigen Arbeitsort ihre Stelle wechseln.

Korrespondenzen.

Formen.

Zwickau i. S. Eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung beschloß am 8. Dezember mit den Zuständen in dem Zwickauer Gewerke, wie sie sich unter der Leitung des jetzigen Inhabers, des Ziegeleibehers und Baumeisters Seltmann, herausgebildet haben. Als Folge d. a. d. hiesigen Besatz übernahm die Zwickauer Gewerke, G. m. b. H., gingen infolge von Konkurs, der durch Unzufriedenheiten unter den Gesellschaftern verursacht wurde, in den Alleinbesitz des Herrn Seltmann über. Herr Seltmann übernahm auch sofort die Leitung des Betriebes, trotzdem er vom Gewerkegeerbe nichts versteht. Seine Maßnahmen, die er bis jetzt getroffen hat, haben nur den einen Zweck, aus den Arbeitern bei möglichst geringem Lohn recht viel herauszuarbeiten. Aus diesem Grunde wird in diesem Betrieb jetzt die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft in höchster Potenz ausgenutzt. Die frühere Direktion des Wertes hatte Wert darauf gelegt, einen Stamm guter, leistungsfähiger Formen heranzuzüchten und dem Werte zu erhalten, denen sie auch einen entsprechenden Lohn zahlte, der aber nicht höher war, als er in anderen Werken für gleiche Leistungen bezahlt wird. Auch waren tarifliche Vereinbarungen abgeschlossen worden. Um diese kümmert sich Herr Seltmann nicht, denn bei ihm gilt nur die Willkür. Er wandelte den Zeitlohn in Akkordlohn um, ohne die Arbeiter 1-1 Tage vorher davon zu unterrichten. Die Akkordpreise wurden von ihm so niedrig angesetzt, daß die Formen in Akkord bei weitem nicht mehr so viel verdienen können, als sie früher im Zeitlohn verdienten. Die Akkordpreise sind nicht der brandentschuldigende Direktor oder Gießereimeister in Verbindung mit den Arbeitern fest, wie das in jedem Betrieb üblich ist, sondern der Baumeister und Ziegeleibehrer Seltmann, der sich auf Verhandlungen nicht einläßt. Er drückelt einfach. Direktion, Meister und Arbeiter müssen sich seinem Willkür fügen oder sie fliegen. Auch Zeitlohn, der ohne Verzicht auf den Formers entfällt, bezahlt Herr Seltmann nicht. Drei Formen hatten einen Ständer gegossen. Vor dem Guß machten sie den Meister darauf aufmerksam, daß das Eisen zum Guß nicht ausreichte. Der Meister verlangte aber, daß der Ständer trotzdem gegossen werde. Er wurde selbstverständlich Ausschuß. Herr Seltmann weigerte sich, den Arbeitern den Ständer, an dem jeder der beiden Formen vier Tage gearbeitet hatte, zu bezahlen. Die Arbeiter mußten ihren Lohn erst vor Gericht einklagen. Nach dem gerichtlichen Ausgang soll Herr Seltmann gesagt haben: „Ich werde den Formen die Sohlen noch steinern lassen, ich werde ihnen ihren Stolz schon noch austreiben.“ Eine Kommission von Maschinenformern, denen Herr Seltmann Abzüge bis zu 25 Prozent gemacht hatte, wurde deswegen vorzeitig. Er erklärte ihr, daß es bei den Abzügen bleibe. Er sagte wörtlich: „Schönen Sie sich denn nicht, daß Sie das viele Geld immer so eingepackt haben?“ Wir glauben es Herrn Seltmann, daß er am liebsten gar keinen Lohn zahlen möchte. Die Arbeiter müßten die Wespertags hindurch arbeiten. Unter der früheren Direktion belamen die Arbeiter diese Zeit, was ja selbstverständlich ist, bezahlt. Herr Seltmann hat den Arbeitern den Betrag für die Pause gestrichelt. Hilfsarbeiter, die bei ihm wegen seiner rigorosen Maßnahmen vordrängen und um Abänderung ersuchten, wurden ohne weiteres entlassen. In der Fabrik ist die Heizung so mangelhaft, daß die Arbeiter, um bei der Arbeit nicht zu erkranken, gezwungen waren, Holzstöße anzubrennen. Dies wurde von Seltmann unterjagt; für genügende, einwandfreie Heizung hat er aber nicht bezahlt. Auch sollen in dieser Betriebsabteilung die Schutzvorrichtungen an den Schmirgelmaschinen so unpraktisch sein, daß die Arbeiter, wenn sie vorteilhaft arbeiten wollen, gezwungen sind, die Schutzvorrichtungen zu beseitigen, sobald die Schmirgelmaschinen etwas abgenutzt sind. Die Arbeiter sind demnach in diesem Betriebsabteil Gefahren an ihrer Gesundheit und ihrem Leben in erheblichem Maße ausgesetzt. Hoffentlich nimmt sich die Gewerbeinspektion dieser Arbeiter gelegentlich an. Herr Seltmann spielt den Herrn im Hause. Bei all seinen Maßnahmen kommt ihm natürlich die Wirtschaftskrise zu statten. Doch die Zeiten ändern sich. Herr Seltmann hat eine Erbitterung unter der Arbeiterschaft erzeugt, die sich, davon sind wir überzeugt, bei Gelegenheit spontan Luft machen wird. Seltmann ist Wind; er wird Sturm ernten. Den von ihm so bedrückten Arbeitern ist nur zu raten, daß sie ihre Organisation ausbauen und dafür sorgen, daß auch der letzte Mann, gleichviel ob Former oder Hilfsarbeiter, in den Deutschen Metallarbeiter-Verband eintritt, damit, wenn für sie die Stunde der Vergeltung schlägt, sie auch gut gerüstet sind.

Gold- und Silberarbeiter.

Borsheim. (Der Reinfall der Siegninger Silberwarenfabrik.) In den Fachkreisläufen der Edelmetallindustrie ereignet seit Jahren folgendes Arbeitsgeschick der Siegninger Silberwarenfabrik (Inhaber Paul Sandig & Co.): Tüchtiger Damaszauer auf Silber, welcher auch Schrift und Monogramme graviert, findet sofort dauernde angenehme Stellung. Siegninger Silberwarenfabrik Paul Sandig & Co.“ Melde sich auf dieses Geschäft hin ein Kollege, so mußte er erfahren, daß die Firma noch nicht einmal einen Lohn von 20 M pro Woche für einen tüchtigen Graveur bezahlte. Die dauernde Stellung war in der Regel mit der Ausarbeitung der Weichschmelzaufträge verbunden. Dieser Firma haben in den letzten Wochen einige Borsheimer Kollegen einen schönen Reinfall bereitet. Wir lassen den Briefwechsel, der sich an das wiederergebene Inzerat angeschlossen, hier folgen: „Herrn Paul Sandig & Co., Siegning. Bezugnehmend auf Ihr Geschäft in Nr. 49 des Journals der Goldschmiedekunst erlaube ich mir Ihnen mitzuteilen, daß ich geneigt bin, die vakante Graveurstelle anzunehmen. Bin 20 Jahre alt, wegen eines kurzen Fußes mißförmig, auch habe ich mit gutem Erfolg die hiesige Kunstgewerbekunst drei Jahre lang besucht. Bin in den von Ihnen geforderten Fächern perfekt. Da ich mich in meinem Berufs auch außerhalb hiesiger Stadt vervollkommen möchte, so sehe ich weniger auf hohen Lohn als gute Behandlung. Würde mich mit einem Lohn von 10 bis 12 M pro Woche gerne begnügen. Hochachtungsvoll August Schippenröthen.“ Ein solches Angebot mußte der ehrentüchtigen Firma noch nie unter die Finger gekommen sein. Postwendend kam deshalb auch ein durch Gilboten zu beistellender Brief an Herrn August Schippenröthen, damit dieses „Zuviel“ von einem zufriedenen Graveur der Firma nicht entgehe. Wir lassen auch die Antwort im Wortlaut folgen: „Herrn August Schippenröthen, Borsheim. Bitte teilen Sie uns sofort telegraphisch mit, wann Sie eintreten können. Stellung ist dauernd und angenehm, gute Behandlung und Lohn nach Leistungen. Ihr gefordertes Lohn bewilligt. (Großartig splendid! Red.) Es ist notwendig, daß Sie sobald als möglich kommen. Hochachtungsvoll gez. Curt Müller, Graveurmeister i. F. Sandig & Co. In Eile!“ An Stelle des sehnlichst erwarteten Graveurs kam aber folgender Brief des „billigen“ Borsheimer Graveurs: „Herrn Curt Müller, Graveurmeister in Firma Sandig & Co., Siegning. Ich danke Ihnen nicht nur für die heiteren Stunden, die Sie mir durch Ihren Brief bereitet haben, sondern auch für das glückliche Gewinnen meiner

nach dem Wochenschein, die erst in weit geringerer Masse bei der Wahl betretend, wie in Rom. Nicht genug damit, daß die Arbeiter der Partei der „Christlichen“ nicht einen einzigen Kandidaten aufstellten — die Partei hat in diesem Jahre 30 Prozent Stimmende verlor —, diesen sie nicht einmal eine eigene Erklärung geben. Die Arbeiter aber werden sich dieses wohl für die nächsten Jahre merken. Das Resultat der Wahl war demnach für die Güttenbewohner ein geradezu glänzendes. 29 Güttenbewohner und ein „Christlicher“ wurden gewählt. Die Arbeiterliste hatte es abgesehen, sich an der Wahl zu beteiligen, weil es für sie in Anbetracht der wirtschaftlichen Lage von vornherein fehlend, keinen Kandidaten durchzubringen. Besser mag hierbei noch werden, daß an der Wahl nur zwei Parteien beteiligten, die „Güttenpartei“ und die „sozialistische Kommission“. Diese ist ein Ordnung von christlich-katholischen Arbeitern und christlichen Gewerkschaften. Wegen dieses Wahlergebnisses sind nun die Führer der „Christlichen“ Gewerkschaften u. s. w. total aus dem Häuschen geraten. In allen Tageszeitungen schimpfen sie über den unerhörten Wahlerfolg der Güttenbewohner. Es ist denn auch Protest gegen diese Wahl eingereicht worden. Wir aber möchten uns die Frage erlauben: Warum, ihr „Christlichen“ Gewerkschaftsführer, regt ihr euch denn nur so auf? Habt ihr doch gerettet, was ihr vor Jahren gesät habt! Gingen doch bei der Gewerbegerichts Wahl im Jahre 1908 die Führer der „Christlichen“ Gewerkschaften zu den Güttenbewohnern hin und legten ihnen die von den „Christlichen“ Gewerkschaftsführern aufgestellte Liste der Kandidaten zur Gewerbegerichts Wahl mit dem Bemerken vor, ob diese Liste der Direktion der Güttenbewohner gütlich wäre! Dann siehe wir, wie die Meister und sonstigen Vorgesetzten die Stimmzettel der „Christlichen“ unter die Arbeiter verteilten. An den Wahltagen übten die Beamten der Güttenbewohner die Kontrolle in den Wahllokalen aus. Damals hörte man aber die „Christlichen“ Gewerkschaftsführer nicht schreien über den Terrorismus der Güttenbewohner, denn damals ging es ja gegen die verhassten freien Gewerkschaften. Ja, Bauer, das ist auch ganz etwas anderes!

Aus der Oberpfalz. (Christliche Verdröhnungsstücke.) Das der „Christliche“ Metallarbeiter-Verband in Bayern immer mehr an Boden verliert, dieser Umstand versteht die christlich-bayerischen Führer der Streikbrecher in Bayern in helle Verzweiflung. Sie suchen deshalb durch Verdröhnung der Tatsachen ihre Mitglieder und die Öffentlichkeit über ihre Verdröhnungen hinwegzutäuschen. So auch über ihren verdröhten Arbeiterverrat bei der Unstimmung in Eisenwert Markthütte-Gaidhof in der Oberpfalz im Jahre 1907. In einem mit „Markthütte-Gaidhof“ bezeichneten Artikel sucht die Bezirksleitung des „Christlichen“ Metallarbeiter-Verbandes ihren Verrat dadurch zu verdecken, daß sie behauptet, die Erziehung der dortigen Arbeiter durch den freien Metallarbeiter-Verband habe entgegen den Regeln der Gewerkschaftsbestimmungen die Arbeiter von den legalen Bahnen abgelenkt. Den Beweis dafür sucht der Artikelschreiber dadurch zu führen, daß er aus dem Bericht der fränkischen Tagespost über die Gerichtsverhandlung über den Landfriedensbruchprozess gerade die Hauptstücke in echt jesuitischer Weise unterschlägt. Durch die Zeugnisaussage des Direktors Gtetttenbauer ist unser Vorbericht über genannten Prozess bestätigt worden. Es ist also eiskalt von einwandfreier Seite festgestellt worden, daß nicht, wie der „Wahrheitsliebende christliche Arbeiterführer“ behauptet, die gewerkschaftlichen Regeln unbeachtet blieben, sondern das alles verächtlich wurde, einen Kampf zu vermeiden. Der Artikelschreiber in der Nummer 50 des „Christlichen“ Metallarbeiter unterschlägt seinen Lesern, daß, als nach dem Ablauf der Frist auch die erbetene Antwort bezüglich der schriftlich eingereichten Forderung ausblieb, ganz den Regeln der gewerkschaftlichen Bewegungen entsprechend eine Kommission vorstellig wurde, um durch Unterhandlungen etwas zu erreichen. Er unterschlägt ferner, daß eine Forderung überhaupt erst eingereicht wurde, als die aus den einzelnen Abteilungen vorstellig gewordenen Arbeiter eine Lohnzulage abgewiesen worden waren. Er verschweigt ferner, daß die Regensburger und Amberger „Christliche“ Presse den Schwindl vertriebt hat, der „Christliche“ Metallarbeiter-Verband im Schwefelwerk Hohenberg habe eine Lohnzulage von 4,30 M in vierzehn Tagen zugestanden erhalten. Ferner unterschlägt dieser „Arbeiterführer“ der Öffentlichkeit, daß, als die bereits erwähnte Kommission mit ihrer Unterhandlung nichts erreichte, vierzehn Tage später durch die Arbeiter eine neue Kommission ernannt wurde, weil der Herr Oberingenieur zum Vorsitzenden der Gelben sagte: „Wenn eine Kommission kommt, die nicht im Auftrag des Metallarbeiter-Verbandes kommt, so werde man Zugeständnisse machen.“ Der „Christliche“ Wahrheitsapostel unterschlägt die Tatsache, daß auch diese Kommission abgewiesen wurde und daß man ihr, nach all den gütlichen Versuchen, zum Hohn den Rat gab, eine Bittschrift einzureichen. Er unterschlägt die Tatsache, daß dem Regensburger Anzeiger von der Hüttenverwaltung oder deren Beauftragten berichtet wurde, bei den Unterhandlungen mit der Kommission sei dieser von der Wertleitung erklärt worden, es müsse eine viel höhere Produktion erfolgen, und dadurch würden die Arbeiter sowie eine höheren Verdienst erzielen. Dieser „Arbeiterführer“ unterschlägt auch die Tatsache, daß die „Christliche“ Presse die Forderung der Arbeiter als berechtigt bezeichnet hat und daß sie befähigte, daß die Arbeiter ihre Forderungen ermäßigten, um den Frieden zu wahren. Er verschweigt, daß genannte Presse der Hüttenverwaltung nahelegte, den berechtigten Wünschen der Arbeiter entgegenzukommen, um die Störung des Friedens zu vermeiden. Dieser „Christenmensch“ hebt nur unter Hintertreibung aller dieser Tatsachen hervor, daß die Arbeiter durch die Ausübung der passiven Resistenz die „Bredien“ hingeworfen hätten. Er sucht damit hinwegzuschwindeln, daß die Arbeiter durch wiederholt schon vorausgegangene Unterhandlungen alle Mittel erschöpft hätten, um den Konflikt zu vermeiden. Man sucht durch diesen Schwindl sein eigenes Verbrechen zu verdecken! Das Verbrechen des mit der Hüttenverwaltung verdröhten Betrags! Oder will vielleicht dieser Arbeiterführer den Bureauchef Gtetttenbauer des Meineids bezichtigen? Herr Gtetttenbauer sagte unter Eid aus, die „Christlichen“ seien schon vor dem Kampf auf das Bureau gekommen und hätten erklärt, daß sie nicht streiken wollen, sie wollten gerne arbeiten. Schon darin liegt ein gemeiner Verrat, weil vor Gericht wiederholt festgestellt wurde, daß weder ein Streik beabsichtigt noch beschlossen wurde. Nun haben aber die 10 „Christlichen“ laut Zeugnisaussage des Herrn Gtetttenbauer mit der Hüttenverwaltung vereinbart, pro forma mitzumachen und sie verpflichteten sich, jederseit dem Rufe zur Arbeitsaufnahme Folge zu leisten. Das haben sie auch der Vereinbarung gemäß durchgeführt, nach Verlauf von vier Wochen haben diese „Musterarbeiter“ auf Verlangen der Firma die Arbeit aufgenommen. Auf die Frage des Verteidigers, ob sie während des verdröhten Urlaubs auch ihren Lohn fortbezogen haben, erklärte der Zeuge, dies könne er „auswendig nicht angeben“. Der Christ verschweigt ferner die Tatsache, daß die „Christlichen“ nur deshalb die Feuerversicherung früher erhalten haben als wir, weil sie ihre Kollegen verdröhten. Er verschweigt weiter der Öffentlichkeit, daß die gesamte Arbeiterschaft (in Hohenberg wie in Zwickau und Markthütte-Gaidhof) die Feuerversicherung oder Lohnzulage nur unserer Bewegung zu verdanken haben, unsererseits somit für alle Arbeiter ein Erfolg erzielt wurde. Nun ist dieser „Christliche“ Musterorganisation vor Gericht eiskalt bestätigt worden, daß sie verdröhten Streikbruch begangen hat. Dieses Verbrechen sucht man nun durch Unterschlagung der Tatsachen, durch blödes Schimpfen auf die freie Organisation und die Sozialdemokratie zu verdecken. Doch das soll und wird aller rechtlich denkenden Menschen. Metallarbeiter allerorts, treten ein in den Deutschen Metallarbeiter-Verband und gebt solchen Anhängern von Beträgern den wohlverdienten Fußtritt.

Keine Einigung mit dem Dresdener Lokalbund. Von den Dresdener Parteiorganisationen sind Versuche zu einer Einigung zwischen den dortigen Mitgliedern des sogenannten Freien Verbandes der Metallarbeiter Deutschlands und dem Deutschen Metallarbeiter-Verband gemacht worden. Diese Einigungsversuche sind jedoch erfolglos geblieben, weil die Mitglieder der Sonderorganisation an den Grundsätzen sowie dem Programm des achten Kongresses der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften festhalten wollen. Die Folge wird nunmehr ihr Ausschluß aus der sozialdemokratischen Partei sein, soweit sie überhaupt noch deren Mitglieder sind.

Vom Rabattmarkenrunge. Den Rabattvereinigern ist von der großen und leistungsfähigen Firma G. Breuninger in Stuttgart ein schmerzlicher Streich gespielt worden. Als die Firma vor einigen Monaten ihr Geschäft erweiterte, veranstaltete sie unter ihren Kunden mittels Zeitungsanzeigen eine Abstimmung darüber, ob sie die Preise, wie bisher, netto

lassen oder zu einem bestimmten Prozentsatz herabzusetzen. In diesem Sinne wurden die Karten aufgestellt und es wurde auf die Parteikasse abgestimmt. In dem ersten Entwurf waren die Preise 10% herabzusetzen. Die Karten wurden in die Parteikasse abgeworfen und es wurde auf die Parteikasse abgestimmt. In dem ersten Entwurf waren die Preise 10% herabzusetzen. Die Karten wurden in die Parteikasse abgeworfen und es wurde auf die Parteikasse abgestimmt.

„Berliner Weihnachtstreffen für Amerika.“ Die in den Vereinigten Staaten lebenden zehn Millionen Deutsche denken insgesamt, auch wenn sie amerikanische Bürger geworden sind, noch oft und gern der alten Heimat. Eine junge habsche Deutsche, Frau Anna Thorand, deren Blige an der Spitze gestanden, welche aber jenseits des großen Wassers in der Gubler-Hauswirtschaft eine neue Heimat gefunden hat, die außerdem so hat mit Glücksgütern gesegnet ist, daß sie es sich leisten kann, da sie durch die Arbeit mit einem reichen Deutsch-Amerikaner in der Lage ist, jede ihrer Baunen bescheiden zu züchten, hat es sich in den Kopf gesetzt, für dieses Jahr ihren Weihnachtstreffen in ihrer Heimat, Berlin, zu veranstalten. Wahrheitsgemäß, damit sich der Transport auch lohnt, bestellte sie gleich sechs Nadelweihnachtsbäume und sechs Karpfen, deren kleinster immer noch das respektable Gewicht von 15 Pfund aufzuweisen hat. Diese Ungetüme, welche von einer Berliner Fischhandlung geliefert werden, müssen natürlich lebend das Licht der Freiheitstürme in Hoboken, wo sie an Land gebracht werden, erblicken. Die Tiere reisen also mit dem Luxusdampfer, in Glasballons, welche mit Wasser gefüllt werden und bekommen von Zeit zu Zeit, damit sie die Strapazen der Reise recht gut überleben, einen mit Kognak getränkten Pfropfen ins Maul gesteckt. So wird nach Anna Thorand Gelegenheit haben, unter Berliner Weihnachtsbäumen am Weihnachtstreffen ihr Bett aufzuschlagen, um mit ihrer Familie Berliner Weihnachtstreffen zu verzeihen. Mit den Pfannkuchen ließ sich die Sache nicht machen, sie wären ein wenig veraltet im freien Amerika angekommen.

Es gibt nicht nur in Europa, sondern auch in Amerika viele Arbeitslose, die froh wären, wenn sie und ihre Familien sich am Weihnachtstreffen ordentlich fett essen könnten. Wenn nun irgend ein Arbeiterblatt zu dieser Zeit von der Verschwendung der Frau Anna Thorand berichtet hätte, so hätten sich wieder einmal gewisse Leute für berechtigt gehalten, über „Heherei“ zu schimpfen. Das Organ der zheimisch-amerikanischen Kohlenmagnaten ist natürlich „über solchen Verdröht erhaben“.

Gewerbegerichtliches.

Umzugsgeld. Die Firma Pausch in Landsberg a. W. klagte gegen den Formner M. auf Zurückzahlung von 25 M für Umzugsgeld. Am 11. Mai 1907 trat M. bei der Firma auf Verdröhtung in Arbeit. Die Firma hatte ihm 36 M zum Umzug vorgeschickt, die als gelistet gelten sollten, wenn der Beklagte ein Jahr lang bei der Firma gearbeitet hätte. Im April dieses Jahres sagte der Formner jedoch zu dem Beklagten, er könne wegen Arbeitsmangel nicht weiter beschäftigt werden. M. hat darauf um einen Schein, damit er bei einer anderen Firma, die mit der Firma P. einen Vertrag abgeschlossen, in Arbeit treten könne. Dieser Schein wurde ihm jedoch vom Obermeister verweigert und darum sah M. sich gezwungen, wieder auf Verdröhtung Arbeit zu erlangen. Während dieser Zeit sollte M. eine Trockenwalze für 80 M anfertigen. Bei der vorausgegangenen Lohnzahlung hatte M. bis 55 M Abschlag erhalten. Nach dem Abschlag arbeitete M. noch fünf Tage; jedoch erklärte er dem Meister, daß er nach den Umständen andere Arbeit annehmen müsse. M. hatte die Trockenwalze nach seiner Ansicht bis zum Vieken, wozu noch das Einkampfen kam, fertig. Diese Arbeit wollte er am 22. April, als er nach den Feiertagen wieder zur Arbeit kam, vollenden. M. wurde aber daran gehindert, weil der zum Transportieren seines Stückes nötige Kran entzwei war. Nunmehr erklärte M. dem Meister, daß er nicht mehr warten könne. Der Meister war offenbar damit einverstanden, denn er gab M. einen Zettel, worauf er folgende Worte geschrieben hatte: Der Formner M. bittet um ein Zeugnis, ich kann denselben als einen tüchtigen, nüchternen und pünktlichen Formner empfehlen. Mit dem Zettel ging M. ins Kontor und erhielt seine ordnungsmäßige Entlassung. Darauf beauftragte der Meister zwei andere Formner, die Trockenwalze fertig zu machen. Der eine von den Formnern will aber gleich erklärt haben, er übernehme, so wie die Form ist, keine Verantwortung für den Guß. Darauf will der Meister mit den beiden Formnern das Stück untersucht und herausgefunden haben, daß noch Nacharbeiten notwendig gewesen seien, die die Summe von 25 M, die der noch vom Meister vorhanden war, erforderlich hätten. Der Meister und die beiden Formner sagten vor dem Gewerbegericht in diesem Sinne ganz genau übereinstimmend aus. Der Beklagte bestritt entschieden, das Stück mangelhaft hergestellt zu haben. Auch hatte er der Firma schriftlich mitgeteilt, daß er bereit sei, die 7 M, die der Guß erforderte, nachzuschlagen. Damit wäre dann aber doch auf jeden Fall das Umzugsgeld der Firma ersetzt gewesen. Der Beklagte war auch noch der Meinung, daß er noch für fünf Tage Lohn zu verlangen habe. Darauf erklärte der Meister, der Lohn für die fünf Tage sei schon bei der vorherigen Lohnzahlung mit angerechnet worden, so daß der Beklagte — nach den Angaben des Meisters — bei dieser Firma schon Lohn erhalten hätte, ehe er die dafür zu leistende M. an gemacht hatte. Weiter bemängelte der Beklagte die Zeugnisaussagen und führte aus, daß die Zeugen kurz vor dem Termin eine halbe Stunde im Bureau des Meisters waren, wahrscheinlich um sich Informationen zu holen. Der Meister wollte dies so aufgefaßt wissen, daß die Einladungen der Zeugen in seinem Bureau abgegeben worden seien und er sie den Zeugen nur übermittlelt habe. Jede weitere Verdröhtung bestritt er. Auf die Anfrage des Beklagten, ob an dem fraglichen Tage der Kran entzwei gewesen sei, konnte keiner der Zeugen Auskunft geben. Im übrigen bemängelte der Beklagte die für das Nacharbeiten ausgegebenen Summen und sagte, daß es sonst üblich sei, daß beim Einsetzen des Stückes in die Dampftrube Arbeiter mit verwendet würden, die die Firma bezahlte. Der Meister erwiderte, die Absperrung der Walze sei sehr eilig gewesen. Aus der Verhandlung ist noch die Feststellung hervorzuholen, daß einen Tag nach der Entlassung des Beklagten ein anderer Formner eingeklinkt wurde, daß von einem Arbeitsmangel also keine Rede sein konnte. Wenn man dies berücksichtigt und ferner noch in Betracht nimmt, daß nur noch ungefähr 14 Tage bis zum Termin fehlten, wo der Formner nicht mehr verpflichtet war, das Umzugsgeld zurückzuführen, so sollte doch der Schluss nahelegen, daß die Firma Pausch von dem Formner M. zum mindesten doch nichts mehr zu fordern hätte. Anders urteilte jedoch das Gewerbegericht. Danach war die Klägerin nicht nur berechtigt, die 25 M wegen angeblich mangelhafter Arbeit zu behalten, sondern der Beklagte wurde noch zur Verurteilung, die 25 M Umzugsgeld zurückzuführen und außerdem noch die Kosten des Rechtsstreits zu tragen.

Wenn unseren Kollegen wieder Umzugsgeld angeboten wird, so können wir ihnen nur empfehlen, sich davor zu sichern, daß sie es auch dann zurückzahlen müssen, wenn sie „wegen Mangel an Arbeit“ einige Tage vor Ablauf des Termins entlassen werden, an dem die Firma nichts mehr zu fordern hat.

„Nachlässe“ von der Berliner Gewerbegerichtswahl. Helf, was helfen mag, dachten die Berliner Richter, da beschlossen sie, zur Förderung ihrer Aussichten bei der Berliner Gewerbegerichtswahl auch den — Pegasus vor ihren wackligen Karren zu spannen. Das Produkt war ein „Gebicht“, das als Wahlflugblatt verbreitet wurde. Es wurde bei der Firma Wilhelm Eitzen, Berlin SO., Milchstraße 20, gedruckt. Die Richter dürfen aber froh sein, daß der „Dichter“ — wahrheitsgemäß Erkelens! — von keinem Mitglied eines Tischgenossenschaft erwählt worden ist. Er wäre sonst wegen Tierquälerei angezeigt worden. Wie kann man aber auch den armen Dichtergaul so mißhandeln! Wie unsere Kollegen aber schon wissen, hat die Wahl keineswegs die Gegner der Gewerkschaften, „vom Hoch befreit“ — um mit dem Hirschenpoeten zu reden —, sondern das „Hoch“ ist noch etwas Fräutlicher geworden. Das hat einen anderen Gewerksvereiner zum Nachdenken veranlaßt, bis auch er einen kleinen Akt auf dem Pegasus riskierte. Dieses „Gebicht“ ist uns im Originalmanuskript auf den Tisch geflogen. Uns werden sehr viele Gebichte zugefand und wir pflegen niemals welche abzubringen. Wir erlauben uns diesmal aber, zur Erheiterung unserer Kollegen eine Ausnahme zu machen. Da... wir jedoch nicht wegen Körperverletzung angeklagt werden möchten, machen wir vornehmlich darauf aufmerksam, daß wir jede Verantwortung für etwaige nachteilige Folgen dieser „Gebichte“ ablehnen. Also Vorsicht! Die „Gebichte“ lauten folgendermaßen:

Vor der Wahl.
 „Hinaus aufs Feld der Schlacht,
 Der Feind, du geminer Blut entfacht,
 Dieß das Gebilde seiner Macht,
 Verschall. Wie die er's gemacht,
 Daß diese Vögelungschichte sein
 Es sagt, ihm hebe zu entfallen,
 Sein aus, macht zum Gebicht ein klar!
 Es gilt ein Kampf, ein Kampf in Ehren!
 In Ehren — nicht immer war es so.
 Man hat mit gl'igen Stellen uns be-
 schlossen,
 Man hat befohlen uns, hat taumelnd noch
 Mit gl'igen Schwefelaffen uns begoffen,
 Wertigkeit und edler, froher Mut
 Und was sonst eines edlen Menschen
 Herbe
 Hatte der Feind verbannt: nur Blut
 Und blinde, rohe tierische Begierde
 Beherrsch' ihn völlig, und den
 Schwärzlichen
 Gibt er mit seinen Raubtieren sein
 Jetzt aber, jetzt, zur droh'nden Räucher
 Erhebt sich die kleine Schaar, die lang
 gepreßt
 Und selbgehalten noch in engen Käfig,
 Vor dem ein „Süßer“ knob, der blüh
 und freud' durch Wort und Schrift
 Sei dankbar — durch Wort und Schrift
 recht schädlich —
 Freiheit und Gleichheit gelte hier und
 Recht!

„Nach der Wahl.“
 „Wir waren so sicher und festgemacht,
 Nun sind wir geschlagen, es gelang
 Nicht, uns in's Licht zu setzen,
 Gleich wie ich fast uns in den Sumpf
 geführt.
 Wir sind von den „Freien“ unerföhlich
 bamiert.
 Den „Freien“ sagten wir „geh! an, o
 Graus,
 Und die raufen uns alle Jähren aus.
 Von euch lernten wir ja das Schwindeln
 und Schimpfen,
 Doch konnten die „Roten“ wir nicht über-
 trümpfen.
 Wir haben mit gl'igen Pfaffen geschoffen,
 Und — tiefeichen nach Hause, wie Buben
 begoffen.
 Die Sauche, die wir versprochen in Bogen,
 Die ist ganz elend zurück geflogen.
 Nun reichen wir, heiliger Erkelens,
 Nach den Düften der Weibschleier in'Senz,
 Weil wir vor der Wahl heuten gleich
 stücker
 Werden wir jetzt verdröht von den roten
 Schwärzlichen
 Bitte I flugte ich, Bitte III liegt im Dreck,
 O Himmel, wer nimmt diesen Schwermü-
 von uns weg?
 76 tausend die „Freien“, dreitausend für
 uns,
 Das ist Erkelens-Gleichauf's Regierungsk-
 lung!
 Gute Nacht, heil'ger Erkelens, Gleichauf
 dazu,
 Nun laßt mich mit euren „Stegen“ in Ruh'.
 Wir jagen zum fröhlichen Jagen hinaus
 Und kommen wie geruppte Krähen nach
 Haus.
 Wir glauben die „Freien“ werden
 schlafen belegen,
 Doch haben wir fürchterlich steile getelegt,
 Dieß jetzt ihr jetzt aber gütig an der Aue,
 Drum sag' ihr die gute Nacht, Geliebte
 wärde!
 O Erkelens, Gleichauf, midt geht ihr nicht
 wieder „Gartensstraß“ hindern.
 Ich würde jetzt kämpfen mit solchen
 Streichern.
 Die so rieflich die Rechte des Volkes er-
 weckern,
 Will mir an den Siegen der „Freien“
 midt freun'.
 Das soll meine Loh' aus der Gewerbe-
 gerichtswahl sein.
 Victoria der Bitte I!
 Auch ein Gewerksvereiner.“

„So steht der Rechtszink im „großen“ Deutschen Metallarbeiter-Verband aus!“ Unter dieser Spitzmarke erzählt der Regulator in der Nr. 50 vom 11. Dezember eine Mär, wozu nach der Bevollmächtigte H. des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Bismar wegen Verdröhtung des Gewerksvereiners Wolf (Stettin) mit 20 M bestraft ist und das, als H. die Gerichtskosten bezahlen sollte, die Möbel der Familie H. erst gepfändet werden mußten. In der ganzen Geschichte ist kein wahres Wort. Wie aber die Hirsch-Dunderschen Rechtszink an ihre Leute gewähren, die die Interessen der Hirsch-Dunderschen wahrnehmen, das wollen wir einmal an einem Brief, den der frühere Redakteur der Schlesischen Arbeiter-Zeitung, Christian Schner, an den Bezirksleiter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, den Kollegen Schlegel (Breslau) geschrieben hat, zeigen. Bekanntlich hatte Schlegel den Bezirksleiter der Hirsch (Strohsfeld) und den Redakteur der Schlesischen Arbeiter-Zeitung (Schner) wegen Verdröhtung verklagt. Schner wurde, ehe die Klage ausgetragen, aus uns nicht näher bekannten Gründen aus seiner Stellung als Redakteur entlassen. Am 1. August erhielt der Kollege Schlegel folgenden Brief:

„Weisenfels, den 28. Juli 1908. Herr Bezirksleiter Schlegel, Breslau. Durch 2 Privatlagen vom 17. und 18. Juni gegen mich wegen öffentlicher Verdröhtung durch 2 Artikel in den Nrn. 76 und 82 der Schlesischen Arbeiter-Zeitung suchten Sie Ihre angegriffene Ehre wieder herzustellen. Ich erkläre Ihnen, daß es mir ganz ferne lag, Sie beleidigen zu wollen und bitte, meinen heutigen Vorstoß bitte gütlich, außergerichtlichen Vergleich zuzustimmen. In diesem Falle bin ich bereit, in die Deutsche Gewerksvereiner-Zeitung und in die Breslauer Volkswacht eine entsprechende Erklärung zu bringen und alle in beiden Klagen bis heute erwachsenen Kosten, soweit sie mich treffen zu tragen. Von der Zahlung der üblichen Geldbuße bitte ich Abstand zu nehmen, da ich jetzt 1. außer Stellung bin und 2. auch absolut nicht in der Vermögenslage bin, neben dem unmöglichlich zum Leben Notwendigkeiten auch nur eine Mark abgeben zu können. Alle Prozesse, Gerichtskosten etc. mußte ich ja schon von Anfang an aus meiner eigenen Tasche zahlen, unser früherer Verlag weigerte sich von vornherein, auch nur einen Pfennig hierzu beizutragen. Aus diesen Erwägungen heraus ist meine Bitte um einen außergerichtlichen Vergleich entstanden. Ich ersuche Sie nochmals höflich, meinem Vorschlag Ihre Zustimmung nicht zu verweigern und mir freundschaftlich und prompt Antwort zu übersenden zu lassen. Hochachtungsvoll Redakteur Christian Schner, Weisenfels a. E.“

Dieser Brief zeigt, daß von den Hirsch-Dunderschen Leute, die zur Wahrnehmung ihrer Interessen angefaßt sind, in keiner Weise geschäst werden, sondern die Kosten aus ihrer eigenen Tasche bezahlen müssen.

Verdröhtung. Die Tabelle in Nr. 50 über die „Fortschritt“ des Gewerksvereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter ist dahin zu berichtigen, daß der unter dem 7. Bezirk aufgeführte Dr. Wülstel zum 5. Bezirk und Wilhelmstruß unterm 1. Bezirk zum 11. Bezirk gehört. Die Endzahlen dieser zwei Bezirke sind entsprechend zu ändern.

Rundschau.

Som Übermut der Reichen.
 Der Roman Metropolis von Upton Sinclair liegt (er ist im Oktober in der Unterhaltungsbillette der fränkischen Tagespost erschienen und wird im Laufe der Zeit auch wohl noch von den

Vom Ausland.

Frankreich.

Ein besonders scharfer unter den Anarchisten, namens Herr Noyer, hat den Drang in sich gefaßt, in La Voix du Peuple, dem Hauptorgan des französischen Syndikalisten, Generalsekretär der... eine Artikelserie über den "Bankrott der deutschen Gewerkschaftsmethode" zu publizieren.

England.

Der Arbeitsmarkt ist nach wie vor sehr unbefriedigend. Der Maschinenbauverband berichtet, daß am Ende des Oktobers 11,5 Prozent seiner Mitglieder arbeitslos waren. Die Angaben für das Maschinenbaugewerbe (also mit Einschluß anderer Gewerkschaften) liegen sogar auf 12,7 Prozent gegen 12,2 (verdierte Zahl) für September.

bedeutliche Geldern beim Anfang des Winters, weshalb die Gewerkschaftenverwaltung der Gewerkschaft 100.000 Kronen an die Gewerkschaften... lassen bewilligt hat und dem Reichstag ebenfalls ein Antrag auf... Erlaubnis der Reichsfinanzverwaltung... werden ist, der aber Zweifel berechtigt werden wird.

Der Vorstand des Niederländischen Metallarbeiterverbandes empfingen wir folgende Zuschrift: "Der Hauptvorstand des Niederländischen Metallarbeiterverbandes erklärt nach Kenntnisnahme des Berichtes in Nr. 51 der Metallarbeiter-Zeitung über den Belgischen Verband, daß die Aussagen von Bonaville (Antwerpen) unklar sind, indem unser Verband allein erklärt hat, daß wir diesen Streit in Gesehen, worin man uns neigerte, für unüberlegt erklären und daß wir unsere Mitglieder, die sich daran beteiligen, nicht unterstützen, weil unser Verband nur Milieustände unterstützt, die er genehmigt hat."

Der Vorstand des Niederländischen Metallarbeiterverbandes A. Jansen, Sekretär und internationaler Vertreter. Warnung. Durch verschiedene deutsche Kollegen wurde in letzter Zeit bei uns Ankündigung verlangt über eine sogenannte "Dreolin-Company" in Rosendaal (Niederlande, an der belgischen Grenze). Die sogenannte "Company" gibt vor, ein Mittel als Belohnung zum Petroleum erfinden zu haben, wodurch das Licht besser und 80 Prozent gespart wird. Diese "Company" ist so "bereitwillig", wenn jemand so dumm ist, im voraus 18 M an sie zu senden, dieses "Ersparungsmittel" an Wiederverkäufer in Kommission zu geben.

Herzliche Glückwünsche zum Jahreswechsel erbotnen wir unseren Verbandskollegen und allen Mitarbeitern Redaktion der Metallarbeiter-Zeitung

Literarisches. (Zur Bestellung der angezeigten oder besprochenen Werke wende man sich nur an den bei jedem Werke angegebenen Verlag oder an eine Buchhandlung.) Im Verlag von J. F. M. Diez Nachf. in Stuttgart erscheint und gelangt in wenigen Tagen zur Ausgabe: Die Novelle zur Gewerkschaftsordnung vom Dezember 1908. Von Arthur Stadthagen. Preis 20 Pf.

Verbands-Anzeigen

- Wittlich, 20. Dezember: Gewerkschaftsversammlung. Besprechung am 20. Dez. 9 Uhr. Besprechung am 21. Dez. 9 Uhr. Besprechung am 22. Dez. 9 Uhr. Besprechung am 23. Dez. 9 Uhr. Besprechung am 24. Dez. 9 Uhr.

Privat-Anzeigen

- Der Schmied Heinrich Dunold, geb. am 7. Aug. 1863 in Schwarzwald, einget. 28. Aug. 1907 in Hannover (Lit. A. Bad.-N. 227746), wird als Zeuge gel. Adresse erb. 297a Altes Stein, Schillstr. 1. S. S. Bahnhofstr. 207. [1297]

Vergleich

Der Privatbeteiligte erklärt, daß er den Artikel: "Über sozialdemokratisches Klassenvergehen" in Nr. 232 der Oberösterreichischen Landeszeitung, Jahrgang 1907, ohne Nachprüfung seines Inhalts und ohne Beladungsbefugnis aufgenommen habe; er halte daher die dort aufgestellten Behauptungen nicht aufrecht und bedauere deren Aufnahme in die Landeszeitung. Er räumt den Privatbeteiligten den Befugnis ein, diesen Vergleich innerhalb 4 Wochen, von heute ab, auf seine Kosten je einmal in der Oberösterreichischen Landeszeitung und in der Metallarbeiter-Zeitung in Stuttgart zu veröffentlichen.

Metallarbeiter-Notizkalender 1909

Unentbehrliches Notiz- und Nachschlagebuch für alle Verbandsmitglieder. Reichhaltiger Inhalt - Gute Auswahl und übersichtliche Anordnung des Stoffes - Eleganter Druck - Gediegene Ganzleinenband mit Casche und Stiftohr. Preis für Verbandsmitglieder bei Bezug durch die Verwaltungsstellen 60 Pf.

Dänemark.

Über die Arbeitslosigkeit in Dänemark wird uns von einem Kollegen in Kopenhagen folgende Geschichte berichtet: Die Statistik der allgemeinen Arbeiter über die Arbeitslosigkeit in der Hauptstadt Kopenhagen... zeigt ein... Prozent. In Kopenhagen sind... Prozent... Prozent... Prozent... Prozent... Prozent...

Dänemark.

Über die Arbeitslosigkeit in Dänemark wird uns von einem Kollegen in Kopenhagen folgende Geschichte berichtet: Die Statistik der allgemeinen Arbeiter über die Arbeitslosigkeit in der Hauptstadt Kopenhagen... zeigt ein... Prozent. In Kopenhagen sind... Prozent... Prozent... Prozent... Prozent... Prozent...